

Handbuch IT- und Datenschutzrecht

Auer-Reinsdorf / Conrad

3. Auflage 2019
ISBN 978-3-406-72177-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Auer-Reinsdorff/Conrad (Hrsg.)
Handbuch
IT- und Datenschutzrecht

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small, solid red circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the phrase 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, all-caps, sans-serif font.
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch IT- und Datenschutzrecht

Herausgegeben von

Dr. Astrid Auer-Reinsdorff

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Informationstechnologierecht
in Berlin und Lissabon

und

Isabell Conrad

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Informationstechnologierecht
in München

in Zusammenarbeit mit



3. Auflage 2019



Zitiervorschlag:
Auer-Reinsdorff/Conrad/Bearbeiter § ... Rn....


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72177 9

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG,
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Grußwort der davit

Die Einführung der Fachanwaltschaft Informationstechnologierecht (IT-Recht) ist seit 2006 ein echtes Erfolgsmodell. Bestanden damals noch Zweifel, ob es sich um ein hinreichend breites Rechtsgebiet mit Potential für Spezialisierung und Mandantennachfrage nach diesem Tätigkeitsbereich handelt, so sind IT-rechtliche Kenntnisse heute in keiner Kanzlei, Rechtsabteilung und Gericht verzichtbar. Das Handbuch IT- und Datenschutzrecht nun in 3. Auflage ist Arbeitsmaterial der von der Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwaltverein (davit) in Kooperation mit der Deutschen Anwaltakademie (DAA) angebotenen Fachanwaltslehrgängen. Den Absolventen sowie Praktikern dient es zugleich als Grundwerk und Spezialfachbuch für die Praxis.

Das Handbuch IT- und Datenschutzrecht deckt alle Bereiche des § 14k Fachanwaltsordnung ab. Darüber hinaus beantwortet es Rechts- und Anwendungsfragen für neue technische Entwicklungen, der Internet- und Telekommunikationsrecht (ITK-Recht) und geht damit über die Grundlagen des IT-Rechts hinaus. Ergänzt werden die rechtlichen Darstellungen durch ein umfangreiches technisches Glossar und die Darstellung der technischen Grundlagen der ITK-Technologien, des IT-Projektmanagements sowie speziell der Internet- und mobilen Anwendungen.

Durch die zunehmende Bedeutung des Datenschutzrecht, der Anforderungen der IT-Sicherheit und -Compliance sowie des IT-Risikomanagements und des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen hat das Werk neben dem klar vertragsrechtlichen Schwerpunkt inzwischen an Bedeutung für Rechtsabteilungen und Datenschutzbeauftragte hinzugewonnen. Das Handbuch kann schon auf fast ein Jahr Erfahrungen der praktischen Anwendung der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes neue Fassung aufsetzen. Anders als viele andere verfügbare Werke zur DSGVO kann das Handbuch daher die Umsetzung der DSGVO, die Stellungnahmen der Datenschutzaufsichten sowie Verfahren und gerichtliche Entscheidungen auswerten.

Die sich mit einem möglichen BREXIT ergebenden besonderen Herausforderungen des Datenschutzrechts, Urheber- und insbesondere Datenbankschutzrechts, Markenrechts sowie zum Kartell- und Vertriebsrecht, Verbraucherschutz und den ROM-I und -II-VO haben die AutorInnen nicht eingearbeitet. Großbritannien wird im Fall des BREXIT wie ein Drittstaat behandelt werden und bei grenzüberschreitenden Fragestellungen und Datenverarbeitungen werden die Maßnahmen zu ergreifen sein wie bei jedem anderen Drittstaat mit der Besonderheit, dass nur auf wenige bilaterale oder multilaterale Abkommen zurückgegriffen werden kann, deren Vertragspartner UK aktuell ist. Es wird abzuwarten bleiben, inwieweit UK EU-weite Regelungen in nationales Recht überführt, was europäische Verbraucher und Unternehmer dann effektiv besser stellt gegenüber UK-Verbrauchern und -Unternehmern, für die die EU-Regelungen nicht ohne Vereinbarungen mit der EU anwendbar sein werden. Verhandlungen hierzu gibt es aktuell nicht. Der BREXIT-Deal würde für allem die Möglichkeit eröffnen, UK wie der EU-zugehörig zu behandeln und die Übergangszeit für Verhandlungen zu nutzen.

Die Urheberrechtsreform wie sie im März 2019 vom EU-Parlament beschlossen wurde, ist nicht eingearbeitet. Erstens weil diese zum Textschluss noch nicht vom EU-Rat bestätigt ist und zweitens die Umsetzungsgesetzgebung abzuwarten bleibt. Insgesamt konzentriert sich das Werk im Bereich des Urheberrechts auf die in der FAO angesprochenen Bezüge zum Urheberrecht. Neben grundlegenden Begriffsklärungen wird das Recht des Schutzes der Computerprogramme sowie der Schutz der Datenbankanhersteller erläutert. An die Darstellung der Schutzvoraussetzungen, vorbehaltenen Rechte und Schranken knüpft die praktische Durchsetzung der Rechte durch Abmahnung und einstweiligen Rechtsschutz und Hauptverfahren.

Vorwort

Das Werk verzichtet konsequent an den Zuschnitt der Fachanwaltschaft IT-Recht anknüpfend auf die Darstellung wettbewerbsrechtlicher Bezüge. Aus dem Bereich der gewerblichen Schutzrechte werden neben den urheberrechtlichen Bezügen, die wesentlichen Aspekte des Patentierbarkeit von Software, die Arbeitnehmererfindung sowie das Marken- und Domainrecht praxisnah erörtert, auch mit deren internationalen Aspekten, dem anwendbaren Recht sowie der internationalen Zuständigkeit.

Das Arbeitsrecht findet sich bei den Fragen des Schutzes des Arbeitnehmers als Urheber, als Erfinder, bei der vertraglichen Gestaltung der Zusammenarbeit mit sog. Freelancern und der Abgrenzung zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen sowie der Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträgen. Ergänzt werden die arbeitsrechtlichen Aspekte um die Anforderungen des Beschäftigtendatenschutzes.

Das Werk behält seine Besonderheit mit zahlreichen Beispielen, Checklisten und Mustern. So vereint das Handbuch die Darstellung der theoretischen Hintergründe mit dem Bedarf nach praktischer Handreichung im Rahmen der Beratung der Mandanten, deren gerichtlicher Vertretung sowie der Gestaltung von IT-Verträgen, -AGB und Rechtstexten im Zusammenhang mit dem digitalen Markt und der damit verbundenen Datenverarbeitung. IT-rechtliche Fragestellungen bestimmen die Agenda für den digitalen Binnenmarkt der Europäischen Kommission gleichermaßen wie die einzelne Anwaltskanzlei. Auch der mit der Transformation der Geschäftsprozesse, industriellen Produktion und der Kommunikation und des Datenaustausches in der Beratung in digitale Prozesse verbundenen Herausforderungen widmet sich das Werk. Berufsspezifische Besonderheiten des Einsatzes der IT in der Anwaltskanzlei runden das Handwerkszeug für die IT-Beratung ab. Die Legal Tech Bewegung mit ihren besonderen Fragestellungen der Abgrenzung zur Rechtsberatung bleibt den berufsrechtlichen Veröffentlichungen vorbehalten und lässt sich sonst den IT-Projekten und -Geschäftsmodellen zu ordnen, die in allen Facetten im Handbuch beleuchtet werden.

Vor 20 Jahren gründeten KollegInnen auf dem DAT 1999 die Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwalt Verein – davit. – gab den Anstoß für die Fachanwaltschaft und engagiert sich in der Aus- und Fortbildung zu den Themen des IT-Rechts. Sie bietet Mitgliedern Vorzugskonditionen für den Bezug von Fachwissen über Publikationen, Online-Recherchetools sowie die bundesweiten IT-Rechtstage, regionale Netzwerke und Kooperationsveranstaltungen sowie einen monatlichen Newsletter. Die voranschreitende Vertiefung und Verbreitung des IT-Rechts will davit durch die Gründung von Fachteams zu Teilaspekten des IT-Rechts und/oder digital geprägten Branchen und Phänomenen antizipieren.

Die AutorInnen des Werkes sind Mitglieder der davit und zum Teil auch Referenten der Fachlehrgänge IT-Recht. Ihnen allen danke ich für ihr Engagement und ihre Bereitschaft, ihre Kenntnisse und Erfahrungen in ihren Spezialgebieten weiterhin einer großen Leserschaft nahe zu bringen und mit ihnen zu teilen. Der Autorenkreis ist gegenüber der Voraufgabe nochmals gewachsen, um weitere wichtige Themenbereiche berücksichtigen zu können. Auch diese Auflage ist gekennzeichnet durch zahlreiche in Co-Autorenschaft entstandene Paragraphen und ein nahtloses Ineinandergreifen der miteinander verbundenen organisatorischen, technischen und rechtlichen Aspekte.

Die umfangreichen Arbeiten an den Manuskripten kamen im Zeitraum zwischen August 2018 und März 2019 zum Abschluss und die AutorInnen haben soweit drucktechnisch möglich bis zum Abgabeschluss die während der Erstellung eintretenden gesetzlichen und fachlichen Änderungen sowie aktuelle Rechtsprechung ggf. in der gebotenen Kürze berücksichtigt.

davit wünscht Ihnen viel Erfolg im Fachanwaltslehrgang und der täglichen Fallbearbeitung. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen zu allen Fragen des IT-Rechts.

Berlin, im April 2019

Dr. Astrid Auer-Reinsdorff
Vorsitzende davit
Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im DAV

„Gebrauchsanleitung“ zum Handbuch IT- und Datenschutzrecht

Für die Ausbildung der Fachanwälte/Fachanwältinnen Informationstechnologierecht ist die gesamte Bandbreite der rechtlichen, technischen und ökonomischen Fragestellungen der digitalisierten Gesellschaft, Lebensweise und Wirtschaft von Bedeutung. Dieses Handbuch ist jedoch nicht nur Lehrbuch für die Fachanwaltsausbildung, sondern geht in diversen Facetten und Spezialfragen darüber hinaus. IT-Recht im Sinne dieses Handbuchs umfasst – orientiert an der Konvergenz der Medien – alle Themen des Computer-, Internet-, Telekommunikations-, (Tele-)Medienrecht und IT-Sicherheitsrechts. Dies reicht von Fragen der Mängelhaftung für Hard- und Software über die Verantwortlichkeit für Inhalte, Geräte und zunehmend automatisierte Prozesse (Stichwort „Industrie 4.0“) und Alltagsanwendungen („Internet of Things“, IoT) wie Smart Home, Connected Drive und Robotics und Künstliche Intelligenz. Originäres Thema des IT-Rechts ist besonders das digital geprägte Datenschutzrecht. Das Handbuch trägt daher auch seit der 2. Auflage das Datenschutzrecht im Titel. Schwerpunkt des IT-Rechts sind mit der Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche neben den Herausforderungen an das Vertrags- und Haftungs-/Verantwortlichkeitsregimes eines globalisierten Angebots- und Nachfrage-/Nutzermarktes alle Fragen der Datenverarbeitung, etwa hinsichtlich des anwendbaren Vertragsrechts, der Lokalisierung von Angeboten und der Internationalität von Schutzrechten (siehe u. a. Kapitel § 8, § 22 und § 23), hinsichtlich des zu gewährleistenden Datenschutz- und Sicherheitsniveaus insbesondere nach den vereinheitlichten europäischen Standards und aufgrund der Bedrohungen durch Cyber-Kriminalität (siehe Kapitel § 33 bis § 36 und § 43) zur Sicherung der Kontinuität der Datenverarbeitung.

Das Handbuch bietet ausführliche *technische Erläuterungen* durch EDV-Sachverständige mit dem technischen Glossar und in **Teil A** (technische und organisatorische Grundlagen). Dort werden in den Kapiteln § 1 bis § 4 technische Grundlagen der Erstellung und Pflege von Software, der IT-Projekte, der Daten, Datenbanken und Datensicherheit sowie des Internets und der Telekommunikation dargestellt. Weitere technische Informationen und sich hieraus ergebende Besonderheiten bei der streitigen Auseinandersetzung sind thematisch zugeordnet etwa zu IT-Sicherheitsstandards (etwa wie BSI Grundschrift) und IT-Compliance (§ 33), zur elektronischen Signatur und Authentifizierung (§ 30), zu E-Payment (unter Berücksichtigung von Apple Pay, siehe § 27), zu Kommunikationsdiensten und -netzen (§ 31, 32).

Teil B bis **Teil I** enthalten Beiträge mit umfangreichen technischen und organisatorischen Bezügen zu folgenden Bereichen:

- Immaterialgüterrecht (Urheber-, Marken- und Domainrecht),
- IT-Vertragsrecht (Software-, Hardware-, Provider-, Outsourcing- und Projektverträge),
- Vertrieb und elektronischer Geschäftsverkehr,
- Telemedien- und Telekommunikationsrecht,
- Datenschutz, IT-Compliance, IT-Sicherheit, Arbeitsrecht
- Vergabe- und Kartellrecht,
- Haftung und Strafrecht,
- gerichtliche und außergerichtliche Streitbeilegung.

Die einzelnen Kapitel greifen die jeweils relevanten internationalen und datenschutzrechtlichen Bezüge auf. Im Hinblick auf das anwendbare Schuldrecht (§ 23) bei grenzüberschreitenden Verträgen und bei den grundlegenden Fragestellungen das Internationale Immaterialgüterrecht (§ 8) betreffend, also insbesondere des Schutzlandprinzips und die internationale Angleichung der Schutzniveaus erfolgt eine gesonderte überblicksartige Darstellung und Heranführung. Dies schärft zugleich den Blick darauf, dass IT-Sachverhalte vielfältige international geprägte Herausforderungen in sich bergen, seien es die Rechte eines Offshore-Programmierers, die Verletzung von Open Source Lizenzen bei grenzüberschreitenden Entwickler-Communities oder Cloud-Service-Provider-Verträge nach ausländischem Recht oder mit Rechenzentrumsstandorten im (nicht-europäischen) Ausland.

Vertragsrechtliche Fragestellungen sind im Bereich des IT-Rechts oftmals nur unter Einbeziehung der Kenntnisse und Rahmenbedingungen des Immaterialgüterrechts zu beant-

Vorwort

worten. Entsprechend legen die §§ 5 bis 9 im Anschluss an die technischen und organisatorischen Grundlagen die Grundprinzipien zu typischen Vertragsinhalten im Bereich der digitalen Gesellschaft dar. Gegenstände von Austauschbeziehungen sind neben klassischer IT, also Hard- und Software, Daten, Datenbanken und eine Vielzahl und Bandbreite von Werken im Sinne des Urheberrechts als Inhalt (Content) von Angeboten sowie Marken und Domains zu deren Kennzeichnung mit den IT-rechtlichen Besonderheiten der Nutzung.

Das „klassische“ Vertragsrecht (software- und hardwarebezogen) ist ein Kernstück des Handbuchs beginnend mit einem Überblickskapitel zu den IT-Leistungsgegenständen und Vertragstypen (§ 10) und sodann vertragstypspezifisch zu Softwareerstellung und -anpassung (§ 11), Softwareüberlassung auf Dauer (§ 12) und Softwaremiete (§ 13 mit Leasing, Application Service Providing), Softwarepflege und Support (§ 14) sowie einem Überblick zu Standardvertragsklauseln (§ 16) und den Besonderheiten in Verbraucherverträgen bei Überlassung von Hard- und Software (§ 17), wobei E-Commerce im Rahmen der besonderen Vertriebsformen (§ 26) betrachtet wird, und den internationalen Bezügen (§ 23) Rechnung getragen wird. In der 3. Auflage ist in § 15 die Vertragsgestaltung der Hardware-Beschaffung um Embedded und autonome Systeme erweitert worden.

Zu den besonderen Herausforderungen bei der vertraglichen Gestaltung und Begleitung im Mandat gehören das IT-Projektmanagement (§ 18 mit Hinweisen zur fachlichen Projektorganisation). § 18 knüpft dabei an die technische Darstellung in § 1 zurück.

Das „klassische“ IT-Outsourcing (§ 19 einschließlich spezieller Anforderungen an das Outsourcing in der Kredit-, Finanz- und Versicherungsbranche) wurde in der Praxis zunehmend durch die Auslagerung in die Cloud abgelöst. Für die 3. Auflage wurde daher § 22 (Cloud Computing) hinsichtlich der vertraglichen, datenschutzrechtlichen und internationalen Aspekte erweitert. Eine Sonderform der Auslagerung ist das Webshop-Outsourcing (§ 20).

Providerverträge (§ 21) werden vertragsrechtlich und hinsichtlich der Sicherheits- und Datenschutzaspekte (§§ 33 ff.) und der Verantwortlichkeit (§ 42) einschließlich strafrechtlicher Aspekte (§ 43) erläutert. Von § 24 bis § 30 behandelt das Handbuch verschiedene Ausprägungen besonderer Vertriebsformen, insbesondere des elektronischen und mobilen Geschäftsverkehrs einschließlich Webdesign, Online- und E-Mail-Marketing, Online-Auktionen, E-Payment, E-Invoicing, Gaming und Social Media, Apps sowie berufsspezifischer Besonderheiten mit Blick auf die digitale Anwaltskanzlei (§ 30). §§ 31 und 32 legen den Schwerpunkt auf das Telekommunikationsvertragsrecht sowie die diesbezüglichen Regulierung.

Während 2006 die kartellrechtlichen Bezüge des IT-Rechts eher für einen kleinen Kreis an Spezialisten von Interesse waren, ist inzwischen die kartellrechtliche Relevanz von Plattformen, Datenflüssen, Nutzerprofilen, direkten und indirekte Netzwerkeffekten ein Kernthema geworden. Die Kartellrechtsnovelle 2017 hat insoweit Änderungen gebracht und das Bundeskartellamt hat durch seine Untersagung vom 7.2.2019 hinsichtlich der Zusammenführung von Nutzerprofilen durch Facebook den Blick für das Verhältnis von Kartellrecht und Datenschutz geschärft. § 39 behandelt auch das interessante Spannungsfeld zwischen Urheberrecht und Kartellrecht im Hinblick auf technische Schutzmechanismen (Digital Rights Management) sowie die kartellrechtlichen Besonderheiten des E-Commerce, der virtuellen Marktplätze und Ranking-Portale sowie des Suchmaschinenmarkts. Nicht allein wegen der Regelungen im GWB hat das Kartellrecht enge Verbindungen zum Vergaberecht, das seit Jahren ständiger Reformierung unterworfen ist. Auch in der 3. Auflage ist daher § 40 im Wesentlichen neu gefasst worden. § 41 umfasst die Darstellung der Handhabung der EVB-IT, Standardverträge der öffentlichen Hand, bestehend aus Vertragsformularen und Ergänzenden Bedingungen für die verschiedenen Vertragstypen, welche seit der Voraufgabe erheblichen Änderungen und Ergänzungen unterliegen, wenn auch nach wie vor ein Muster für Services und Cloud fehlt.

Die große Novelle im Datenschutzrecht infolge der Datenschutz-Grundverordnung 2016/679/EU (DS-GVO) führte dazu, dass für die 3. Auflage große Teile des Werks neu gefasst werden mussten, etwa die Grundlagen der Compliance und der IT-Sicherheit (§ 33), die Grundlagen des Datenschutzes (§ 34), grenzüberschreitende Datenverarbeitung (§ 35)

und der Datenschutz im Internet (§ 36). Da nach Ansicht der deutschen Datenschutzaufsichtsbehörden die datenschutzrechtlichen Vorschriften des Telemediengesetzes von der DSGVO verdrängt sind, aber die E-Privacy-Verordnung noch nicht verabschiedet ist, erfolgt die Darstellung in § 36 im Wesentlichen anhand der DSGVO unter Berücksichtigung der Richtlinie 2002/58/EG. Der Beschäftigtendatenschutz sowie weitere arbeitsrechtliche Besonderheiten sind in § 37 zusammengefasst und umfassen Aspekte wie § 613a BGB beim IT-Outsourcing, die Nutzung von Email, Internet, arbeitnehmereigenen Geräten und Social Media Diensten am Arbeitsplatz. Spezifische datenschutzrechtliche Fragen bestimmter Vertragsparteien oder Geschäftsmodelle sind im jeweiligen Kapitel behandelt, insbesondere bei Softwareerstellung und Softwarepflege und Support (§ 11 und § 14), Testdaten in IT-Projekten (§ 18), Cloud Computing (§ 22), Apps und Social Media (§ 28 bzw., aus eher arbeitsrechtlicher Sicht, § 37), Gaming (§ 29) sowie im TK-bereichsspezifischen Datenschutz (§ 31).

Das Geschäftsgeheimnisgesetz (GeschGehG) ist in der 3. Auflage bereits berücksichtigt (siehe §§ 11 und 33), die Verabschiedung der Whistleblower-Richtlinie der EU erfolgte am 16.4.2019 nach Redaktionsschluss des Werks und ist daher noch nicht ins Werk eingeflossen. Auch die noch umzusetzenden Anpassungen des Urheberrechts sowie die Richtlinien zum digitalen Handel bzw. dem Vertrieb digitaler Güter und das zukünftige 2. DSAnpuG-EU konnten noch keine Berücksichtigung finden.

§ 38 fasst die Aspekte der Vorsorge zur Aufrechterhaltung der IT und der Verfügbarkeit der teilweise für die Fortführung eines Unternehmens unabdinglichen Standard- oder spezifischen Softwarelösungen mit den Sicherungsmöglichkeiten durch Escrow-Vereinbarungen sowie die Risiken und Konsequenzen einer Insolvenz des Lizenzgebers, des Urhebers oder des Lizenznehmers zusammen.

Die Fallgestaltungen IT-rechtlicher Beratung führen zuweilen zu streitigen Auseinandersetzungen. So rundet die Darstellung der Forensik (§§ 43–46) einschließlich IT-spezifischem Strafrecht, gerichtlicher und außergerichtlicher Geltendmachung von Ansprüchen, Sachverständigenbeweis im Zivilprozess, Schlichtung und Mediation das Handbuch ab.

Die Herausgeberinnen danken allen Mitautoren*innen der Voraufgaben und neu gewonnenen Mitautoren*innen für ihre Bereitschaft, das breite Spektrum des IT- und Datenschutzrechtes kompakt und praxisorientiert, dennoch umfassend mit zahlreichen Aktualisierungen und neuen Facetten, Checklisten, Formulierungsmustern und Handlungsempfehlungen sowie Rechtsprechungshinweisen abzubilden.

Eine große Unterstützung bei der Aktualisierung und redaktioneller Bearbeitung der 3. Auflage waren Herr Rechtsanwalt Florian Hinz, Herr Rechtsanwalt Maximilian Jaschke, Frau Rechtsanwältin Monika Valkanova, Herr Johannes Witt und Herr Keno Dreessen sowie Frau Rechtsanwältin Vera Franz mit der Erstellung des Stichwortverzeichnisses.

Die Herausgeberinnen danken dem Verlag C.H. Beck, allen voran Herrn Dr. Burkhard Schröder, der das Werk in neuer Ausstattung und mit erweitertem Sachgebiet als Handbuch IT- und Datenschutzrecht als Lektor betreut hat.

München und Berlin, im April 2019

Isabell Conrad
Dr. Astrid Auer-Reinsdorff

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XIII
Autorenverzeichnis	XLIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIX

Teil A. Technische und organisatorische Grundlagen

§ 1 Erstellung und Pflege von Software (<i>Sarre/Schmidt</i>)	1
§ 2 Daten, Datenbanken und Datensicherheit (<i>Sarre/Pruß/Schmidt</i>)	114
§ 3 Technische Grundlagen des Internets (<i>Schmidt/Pruß</i>)	201
§ 4 Technische Grundlagen der Telekommunikation (<i>Bromen</i>)	279

Teil B. Immaterialgüterrecht

§ 5 Rechtsschutz von Computerprogrammen und digitalen Inhalten (<i>Witte/Auer-Reinsdorf/Baldus</i>)	293
§ 6 Der Rechtsschutz von Datenbanken (<i>Witte</i>)	393
§ 7 Domainrecht und markenrechtliche Bezüge (<i>Witte/Auer-Reinsdorf/Luckhaus</i>) ..	407
§ 8 Internationales Immaterialgüterrecht (<i>Auer-Reinsdorff/Mayer/Luckhaus</i>)	445
§ 9 Open Source und Open Content (<i>Auer-Reinsdorff/Kast</i>)	488

Teil C. Software-, Hardware- und Providerverträge

§ 10 Vertragliche Grundlagen (<i>Schneider/Conrad</i>)	513
§ 11 Erstellung von Software (<i>Conrad/Schneider</i>)	557
§ 12 Überlassung von Software auf Dauer (<i>Kast</i>)	622
§ 13 Überlassung von Software auf Zeit (<i>Roth-Neuschild</i>)	663
§ 14 Softwarepflege und Support (<i>Conrad/Schneider</i>)	718
§ 15 Beschaffung von Hardware, embedded Software und autonome Systeme (<i>Stadler/Kast</i>)	764
§ 16 Standardklauseln im Geschäftsverkehr (<i>Redeker</i>)	810
§ 17 Besonderheiten in Verbraucherverträgen bei Überlassung von Hard- und Software (<i>Fischl</i>)	856
§ 18 IT-Projektmanagement (<i>Conrad/Witzel</i>)	888
§ 19 Outsourcing-Verträge (<i>Thalhofer/Żdanowiecki</i>)	981
§ 20 Webshop-Outsourcing (<i>Conrad/Hertneck</i>)	1051
§ 21 Providerverträge (<i>Auer-Reinsdorff</i>)	1181
§ 22 Cloud Computing (<i>Conrad/Licht/Redeker/Strittmatter</i>)	1110
§ 23 Internationales Privatrecht (<i>Auer-Reinsdorff</i>)	1190

Teil D. Vertrieb und Elektronischer Geschäftsverkehr

§ 24 Vertrieb von Software (<i>Wiesemann</i>)	1219
§ 25 Webdesign, Online- und E-Mail-Marketing, Online-Auktionen (<i>Schöttle/ Eckhardt</i>)	1269
§ 26 E-Commerce und Fernabsatzrecht (<i>Bierekoven</i>)	1337

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 27 E-Payment und E-Invoicing (<i>Kociok</i>)	1414
§ 28 Apps und Social Media (<i>Kremer</i>)	1443
§ 29 Gaming: Computer- und Online-Spiele (<i>Picot</i>)	1475
§ 30 Elektronische Kommunikation und berufsspezifische Besonderheiten (<i>Lapp/Eckhardt</i>)	1494
Teil E. Telekommunikationsrecht	
§ 31 Das Recht der Kommunikationsnetze und -dienste (<i>Bromen/Assion</i>)	1557
§ 32 WAN- und VPN-Verträge (<i>Schuster</i>)	1622
Teil F. Datenschutz, Sicherheit und Insolvenz, Compliance und Sicherheitsrecht	
§ 33 Compliance, IT-Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung (<i>Conrad/Eckhardt/Fleischhauer/Huppertz/Streitz</i>)	1637
§ 34 Recht des Datenschutzes (<i>Conrad</i>)	1761
§ 35 Grenzüberschreitende Datenverarbeitung (<i>Dovas/Gräpentin</i>)	2046
§ 36 Datenschutz im Internet (<i>Conrad/Hausen</i>)	2079
§ 37 Arbeitsrechtliche Bezüge (<i>Conrad/Hausen/Huppertz/Maties/Schrader/Venetis</i>) ...	2180
§ 38 IT in der Insolvenz, Escrow (<i>Auer-Reinsdorff/Kast/Dressler</i>)	2286
Teil G. Kartellrecht und Vergaberecht	
§ 39 Kartellrechtliche Bezüge (<i>Conrad/Licht</i>)	2319
§ 40 Öffentliche Vergabe von Leistungen der Informationstechnologien (<i>Bischof</i>)	2444
§ 41 Besondere und ergänzende Vertragsbedingungen der öffentlichen Hand – BVB und EVB-IT (<i>Bischof</i>)	2534
Teil H. Haftungsrecht und Strafrecht	
§ 42 Verantwortung für Inhalte im Internet (<i>Sobola</i>)	2609
§ 43 Strafrecht im Bereich der Informationstechnologien (<i>Hassemer/Kassebohm</i>)	2652
Teil I. Verfahrens- und Prozessrecht	
§ 44 Außergerichtliche Streitbeilegung (<i>Müller/Lapp</i>)	2749
§ 45 Gerichtliche Auseinandersetzungen (<i>Müller</i>)	2797
§ 46 Der Sachverständigenbeweis in Zivilprozessen (<i>Streitz/Müller</i>)	2849
Technisches Glossar (<i>Pruß/Sarre</i>)	2889
Sachverzeichnis (<i>Franz</i>)	2911

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	XI
Autorenverzeichnis	XLIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIX

Teil A. Technische und organisatorische Grundlagen

§ 1 Erstellung und Pflege von Software

I. Phasen der Softwareentwicklung	4
1. Machbarkeitsstudie	4
2. Anforderungsanalyse/Fachspezifikation	4
3. IT-Konzeption	5
4. Programmierung/Implementierung	5
5. Test/Integrationstest	6
6. Produktivsetzung/Go Live und Live-Betrieb	6
7. Pflege von Software	6
II. Projektmethoden/Vorgehensmodelle und Anwendungsbereiche	6
1. Klassischer Wasserfall	7
2. V-Modell XT	8
3. Extreme Programming (XP)	11
4. Prototyping Methoden	12
5. SCRUM	13
6. SAP Einführungsmethodik	15
III. Spezifikation bei Individual- und Standardsoftware	16
1. Wesentliche Fragen bei der Herstellung einer Spezifikation	16
2. Spezifikationsmethoden	22
3. Anerkannte Regeln der Technik und weitere Technik Klauseln	24
4. Spezifikation von Schnittstellen	26
5. Nicht-funktionale Anforderungen	26
6. Detaillierungsgrad der Spezifikation	27
7. Parametrisierung/Customizing	27
8. Zusatzprogrammierungen	28
IV. Programmierung	28
1. Quellcode	29
2. Objektcode	31
3. Kompilierung	33
4. Dekompilierung	35
5. Objektorientierung	36
6. Programmiersprachen mit Laufzeitumgebung	38
7. Deployment	41
8. Versionsverwaltung	42
9. Programmierwerkzeuge	44
V. Test von Software	46
1. Grundlagen des Softwaretestens	46
2. Testprozess	50
3. Teststufen	52
4. Testarten	58

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Testmethoden	61
6. Testmanagement	70
7. Testwerkzeuge	79
VI. Dokumentation	83
1. Bedeutung und Tragweite	84
2. Grundlegende Begriffe	85
3. Grundlegende Anforderungen an Dokumentationen	91
4. Projektmanagementdokumentation	92
5. Dokumentationen zum Leistungsgegenstand	96
6. Lieferzeitpunkte für Dokumentationen	109
7. Schwierigkeiten in der Praxis	110
§ 2 Daten, Datenbanken und Datensicherheit	
I. Daten	116
1. Datentypen	116
2. Arten von Daten	120
3. Datenqualität	122
4. Datenportabilität und Migration aus technischer Sicht	133
5. Datenkonsistenz	143
6. Big Data	144
II. Datenbanken	145
1. Relationales Datenbankmodell	145
2. Objektorientiertes Datenbankmodell	147
3. Datenmodellierung	149
III. Datensicherheit	151
1. Speicherung und Speichersysteme	151
2. Verfügbarkeit	163
3. Datensicherung und Datensicherungskonzepte	168
4. Datenlöschung/Datenlöschbarkeit	173
5. Verschlüsselung von Daten	177
6. Authentisierung von Daten	185
7. Benutzer- und Berechtigungsmanagement	187
8. Authentifizierungssysteme	190
9. IT-Forensik	195
10. Blockchain	198
§ 3 Technische Grundlagen des Internets	
I. Einführung	203
II. Computernetze	204
1. Grundprinzipien der Rechnervernetzung	204
2. Die wichtigsten Protokolle im Internet	209
3. Das Domain-Name-System	216
III. Das Web	220
1. Dokumentformate und Dokumentsprachen	221
2. Dynamische Web-Seiten und Web-Programmierung	221
3. Das Web 2.0	222
4. Möglichkeiten zur Erfassung des Nutzungsverhaltens	223
IV. Internet-Anwendungen	225
1. TELNET	225
2. USENET	226
3. FTP	228
4. E-Mail	228
5. P2P/Filessharing, One-Click-Hoster, Streaming	229

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Web Shops	232
7. Online Auktionssysteme	234
8. Mobile App	235
9. Social Media	239
V. Sicherheit im Internet	240
1. Bedrohungen im Internet	240
2. Schutzmaßnahmen	245
VI. Cloud Computing	254
1. Public Cloud, Private Cloud und Hybrid Cloud	254
2. Klassifikation von Cloud-Services	255
3. Informationssicherheit in der Cloud	256
VII. Virtualisierung	262
1. Hardwarevirtualisierung	262
2. Speicher-/Storagevirtualisierung	265
3. Netzwerkvirtualisierung	265
4. Software-Virtualisierung	267
VIII. Suchmaschinen	268
1. Suchmaschinentypen	269
2. Suchmaschinentechnologie	270
3. Suchmaschinenoptimierung	273
IX. Internet of Things	274
1. Grundprinzipien	274
2. Typische Einsatzszenarien	275
3. Sicherheitsaspekte	277
4. Ausblick	278
§ 4 Technische Grundlagen der Telekommunikation	
I. Die Telekommunikationsverbindung	279
1. Die physische Verbindung	279
2. Die logische Verbindung	280
3. Bandbreite	281
II. Festnetz	281
1. Telefonnetz	282
2. Kabelnetz	282
3. DSL/ADSL/VDSL/VDSL2	283
4. VDSL2-VECTORING	284
III. Mobilfunk	285
1. GSM	285
2. GPRS	286
3. UMTS	286
4. LTE (Long Term Evolution)	287
5. 5G	287
IV. Interconnection	287
V. Lokale und regionale Funknetze	288
1. WLL	288
2. W-LAN	288
3. WiMAX	289
VI. Internettelefonie/VoIP	289
VII. Next Generation Networks (NGN)	289
1. Netze der nächsten Generation	290
2. Bitstromzugang (engl. bitstream access – BSA)	290

Inhaltsverzeichnis

Teil B. Immaterialgüterrecht		Seite
§ 5 Rechtsschutz von Computerprogrammen und digitalen Inhalten		
I. Einführung zu den urheberrechtlichen Bezügen des IT-Rechts		295
1. Werke im digitalen Kontext		297
2. Schutz des Urhebers und der Leistungsschutzberechtigten		298
3. Einräumung von Nutzungsrechten		301
4. Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage		305
II. Einführung in den Urheberrechtsschutz von Computerprogrammen		306
III. Parallelität der Anspruchsgrundlagen zum Schutz von Computerprogrammen außerhalb des Urheberrechts		308
IV. Schutzrechte an Computerprogrammen		309
1. Die Schutzvoraussetzungen des UrhG im Einzelnen		310
2. Das Softwareurheberrecht in Arbeits- und Dienstverhältnissen		314
3. Arbeitnehmererfindungsrecht		317
4. Grundlagen des Patentschutzes für Computerprogramme		317
V. Zustimmungspflichtige Handlungen bei Software		324
1. Das Vervielfältigungsrecht, § 69c Nr. 1 UrhG		324
2. Das Bearbeitungsrecht, § 69c Nr. 2 UrhG		325
3. Das Verbreitungsrecht, § 69c Nr. 3 UrhG		325
4. Das Recht der öffentlichen Wiedergabe, § 69c Nr. 4 UrhG		336
5. Die Schranken des § 69d UrhG		338
6. § 69f UrhG Rechtsverletzungen – Vernichtungsanspruch		344
7. § 95a UrhG		345
8. § 69g UrhG Anwendung sonstiger Rechtsvorschriften		346
9. Schranken als Einwendungen im Prozess		347
10. Der Rückruf von Rechten nach § 41 UrhG		349
VI. Die Anspruchsdurchsetzung im Software-Urheberrecht		350
1. Der Beweis der Anspruchsvoraussetzungen		350
2. Vorbereitende Ansprüche auf Auskunft, Vorlage und Besichtigung		353
3. Eingriff in das geschützte Gut		355
4. Einwendungen des Beklagten		356
VII. Die Regeln der Störerhaftung		356
1. Der unmittelbare Störer		356
2. Zurechenbarkeit des Handelns Dritter		357
3. Unterschiedliche Haftungsregime		358
4. Der mittelbare Störer		359
VIII. Unterlassung, Beseitigung und Schadensersatz		359
1. Anspruchsgrundlagen		359
2. Verhältnis zu anderen Vorschriften		361
3. Die Arten der Schadensberechnung		362
4. Zuschläge		364
5. Der Bereicherungsausgleich		366
6. Ansprüche wegen der Verletzung von Urheberpersönlichkeitsrechten		367
7. Grenzbeschlagnahme		367
IX. Die außergerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen		368
1. Die Berechtigungsanfrage		368
2. Die Abmahnung		369
3. Die Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung		371
4. Die Folgen der Abmahnung		376
5. Die Kosten des außergerichtlichen Verfahrens		377
X. Die einstweilige Verfügung		380
1. Statthaftigkeit		380
2. Praktische Zuständigkeitsfragen		380

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Die Schutzschrift	382
4. Die Begründetheit des Verfügungsantrags	382
5. Die richtige Formulierung des Antrags	385
6. Verhalten während des Verfahrens	385
7. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts	386
8. Zustellung des Titels	386
XI. Die Abschlusserklärung	386
XII. Das Widerspruchsverfahren	387
1. Der Vollwiderspruch	388
2. Der Kostenwiderspruch	388
XIII. Besonderheiten des Berufungsverfahrens	388
XIV. Das Hauptsacheverfahren	389
1. Initiative des Schuldners	389
2. Initiative des Gläubigers	389
XV. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände	390
XVI. Weitere Verfahrensfragen	391
§ 6 Der Rechtsschutz von Datenbanken	
I. Einführung	393
II. Der Inhalt der Datenbankrichtlinie	395
1. Duales Konzept	395
2. Unterteilung des Schutzzumfangs	395
3. Die Abgrenzung zwischen Datenbank und -inhalt	396
4. Eigenständiger Informationsgehalt	397
5. Ordnungsprinzip	398
6. Gewichtung	399
III. Schutzvoraussetzungen des § 87a Abs. 1 UrhG	400
1. Die Eingriffshandlung nach § 87b Abs. 1 Satz 1 UrhG	401
2. Der Einsatz von DRM-Systemen	404
3. Die Erschöpfung des Verbreitungsrechts bei einer Entnahme aus einer Datenbank	404
4. Schranken des Datenbankschutzes	406
5. Vertragsrecht	406
§ 7 Domainrecht und markenrechtliche Bezüge	
I. Registrierung einer Domain	408
1. Rolle und Funktion der DENIC e. G.	409
2. Inhalt und Rechtsnatur des Domainvertrages mit der DENIC	410
3. Die Haftung der DENIC	411
II. Die Rechtsnatur einer Domain	412
1. Rechte aus dem Vertrag mit der DENIC	412
2. Namens- und Kennzeichenrechte	413
3. Die Vollstreckung in Rechte aus einer Domain	414
III. Grundlagen des Schutzes nach dem MarkenG	414
1. Entstehung des Schutzes nach § 4 MarkenG	414
2. Die Verletzung von Markenrechten nach den §§ 14, 4 MarkenG	415
3. Rechtsverletzende Benutzung	419
4. Rechtsfolgen	422
IV. Der markenrechtliche Schutz	423
1. Entstehung des Schutzes nach § 5 Abs. 1 und 2 MarkenG für Unternehmenskennzeichen	424
2. Entstehung des Schutzes nach § 5 Abs. 1 und 3 MarkenG für Werktitel	426
3. Geographische Herkunftsangaben	427

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Entstehung des Markenschutzes durch Eintragung	427
5. Entstehung des Markenschutzes durch Erlangung der Verkehrsgeltung sowie notorische Bekanntheit	429
V. Bürgerlich-rechtlicher Namensschutz	429
1. Grundlagen	429
2. Verletzungsfälle	431
3. Namenanmaßung und Namensleugnung	432
4. Namensrecht und Pseudonyme	433
5. Besondere Fälle	433
6. Kein umfassender Freihalteanspruch	433
VI. Das Recht der Gleichnamigen	434
1. Anwendung des Prioritätsgrundsatzes	434
2. Kollision gleicher geschäftlicher Bezeichnungen	435
3. Kollision gleicher bürgerlicher Namen	436
VII. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	436
1. Grundsätzliches	436
2. Einzelfälle	437
VIII. Ergänzender Schutz nach § 823 Abs. 1 BGB	440
IX. Die Übertragung von Domainnamen	440
X. Die Lizenzierung von Domainnamen	441
XI. Außergerichtliche Rechtsverfolgung	441
1. Dispute-Eintrag bei der DENIC	441
2. Der Wait-Antrag bei NIC.AT	442
3. Außergerichtliche Rechtsverfolgung bei den übrigen Vergabestellen	442
XII. Prozessuale Besonderheiten bei Domainstreitigkeiten	444
1. Inlandsbezug	444
2. Richtige Antragstellung	444
3. Besonderheiten im einstweiligen Rechtsschutz	444
 § 8 Internationales Immaterialgüterrecht	
I. Internationale Bezüge des deutschen Urheberrechts	446
1. Allgemeines	446
2. Internationales Urheberrecht	447
3. Gemeinschaftsrecht	449
4. Nationales Fremden- und Kollisionsrecht	452
5. Vertragsstatut und Verfügungsgeschäft	456
6. Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	456
7. Checkliste Schutzlandprinzip	457
II. Internationales Domainrecht	457
1. Allgemeines	457
2. .eu-Domains	457
3. Internationale Domains	476
4. Neue generische Top-Level-Domains (nTLDs)	483
III. Internationale Bezüge des Markenrechts	484
1. Allgemeines	484
2. Unionsmarke	486
 § 9 Open Source und Open Content	
I. Einführung	489
II. Open Source Software	490
1. Copyleft-Prinzip	491
2. Urheberrecht	492
3. Lizenzen	493

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Lizenzierung und Haftung	495
5. Kombination von OSS und proprietärer Software	500
6. OSS und Internationales Privatrecht	503
7. OSS und Marken- und Patentrecht	504
III. OSS und Compliance	505
1. Grundsätze der OSS Code-Compliance	505
2. OSS Compliance Systeme	507
3. Weitergabe von OSS	508
4. OSS in der Vertragsgestaltung	509
IV. Open Content	510

Teil C. Software-, Hardware- und Providerverträge

§ 10 Vertragliche Grundlagen

I. Einleitung	514
1. Die Entwicklung des Informationstechnologierechts	514
2. Verhältnis zu verwandten Rechtsgebieten	515
II. IT-Vertragsgegenstände und Vertragstypologie	515
1. Überblick über typische Vertragsgegenstände des IT-Rechts	516
2. Grundsätze zur Vertragstypologie	516
3. Charakteristische Kennzeichen IT-relevanter BGB-Vertragstypen	519
4. § 650 BGB (§ 651 BGB aF) – Ist Software eine „neu herzustellende Sache“?	523
5. IT-Leistungen und ihre vertragstypologische Zuordnung	524
III. Mängel und Nacherfüllung	527
1. Hierarchie der Mängel	527
2. Mangelbegriff und Bagatellgrenze	535
3. Behandlung von Zusicherung, Garantie und Arglist	536
4. Überblick über Nacherfüllung bei Kauf- und Werkvertrag	540
5. Wahlrecht des Verkäufers bei Nacherfüllung	544
6. Praktische Handhabung, Nachbesserungsversuche	545
7. Rücktrittsrecht	548
8. „Exits“	549
IV. Vergütung, Fälligkeit	550
1. Überblick	550
2. Vergütung nach Zeitaufwand	551
3. Vorauszahlungen, Abschlagszahlungen	552
4. Preiserhöhungen	552
V. Vorvertragliche Pflichten und Vereinbarungen	554
1. IT-typische cic- und pVV-Fallgruppen	554
2. Letter of Intent/LoI	555
3. Betriebsstörungsschaden	555
4. Sonstiges	556

§ 11 Erstellung von Software

I. Einleitung	559
1. Abgrenzung von Software-Erstellungsverträgen zu anderen IT-Verträgen ...	559
2. Kernprobleme anwaltlicher Beratung bei Software-Erstellung	560
II. Erstellung von Software	562
1. Vertragstypologie und Konsequenzen für Vertragsgestaltung und Vertragsdurchführung	562
2. Grundlegender Aufbau von Software-Erstellungsverträgen	572

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Agile Programmierung	597
III. Einstellen, Anpassen und Modifizieren von Standardsoftware	607
1. Grundlagen des Customizing	607
2. Vertragstyp	608
3. Urheberrechtliche Beurteilung/Besonderheiten der Lizenzierung	608
4. Besonderheiten bei Anpassung	609
5. Erstellungs- und Anpassungsprojekte im Vorfeld zu einem Dauerschuld- verhältnis (SaaS)	614
IV. Subunternehmervertrag bei der Software-Erstellung	615
1. Ausgangslage	615
2. Vertragstypologie	616
3. Vertragsverhandlungen mit dem Auftraggeber und Change Requests	616
4. Regelungen des Subunternehmervertrages	617
5. Verhandlungen und Abschluss des Subunternehmervertrages	620
6. Konsortialverträge	621
§ 12 Überlassung von Software auf Dauer	
I. Einführung	623
1. „Historische Entwicklung“	623
2. Betriebswirtschaftliche Überlegungen	624
3. Wirtschaftlicher Schutz der Software	624
II. Überlassung von Standardsoftware	625
1. Begriffsbestimmungen	625
2. Überlassung auf Dauer	626
III. Dogmatische Einordnung	627
1. Abstraktionsprinzip	628
2. Vertragstypologische Einordnung	628
3. Zusammenfassung der Kriterien	631
IV. Standard-Lizenzformen	633
1. Personen- und maschinenbezogene Lizenzformen	634
2. Nutzungsbezogene Lizenzformen	637
3. Verwendungszweck-bezogene Lizenzformen	639
V. Besondere Lizenzformen	641
1. Begriffe	642
2. Shareware, Testversionen	642
3. Freeware, Public Domain Software	644
4. Open Source Software	645
5. Grenzbereich zum Mietrecht	645
VI. Vertragsgestaltung	647
1. Vertragsgegenstand	647
2. Nutzungsumfang	649
3. Lieferung	650
4. Kaufpreis, Zahlungsbedingungen	651
5. Zusatzleistungen	652
6. Maßnahmen zum Schutz der Software	653
7. Pflichten des Käufers	657
8. Sach- und Rechtsmängel; Leistungsstörungen	658
9. Haftung	659
10. Geheimhaltung und Datenschutz	660
11. Sonstige Regelungen, Schlussvorschriften	661
§ 13 Überlassung von Software auf Zeit	
I. Allgemeines	665

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Vertragstypologische Einordnung	666
1. Erforderlichkeit der Einordnung	666
2. Überlassung auf Zeit gegen Vergütung	666
3. Überlassung auf Zeit ohne Vergütung	670
4. Softwareleasing	671
5. Sonstige Geschäftsmodelle	675
III. Wesentliche Regelungspunkte eines Softwaremietvertrages	678
1. Vertragsmuster	678
2. Vertragsgegenstand	678
3. Miete	683
4. Nutzungsrechte, Nutzungsbeschränkungen	688
5. Rechte des Mieters bei Mängeln	699
6. Vertragliche Verfügbarkeitsvereinbarungen, Service Level Agreement	709
7. Datenschutz, Auftragsdatenverarbeitung	712
8. Vertragsdauer, Kündigung	713
9. Rückgabe, Herausgabe von Daten	715
§ 14 Softwarepflege und Support	
I. Einleitung	719
1. Überblick, Terminologie	719
2. Abgrenzung der Software-Pflege zu anderen Verträgen	720
3. Zielsetzung und Art der Darstellung	721
II. Pflege von Software und Support	721
1. Umschreibung des Vertragsgegenstandes	721
2. Verhältnis des Pflegevertrages zum Beschaffungsvertrag	726
3. Versuch der Systematisierung einzelner Leistungsbereiche	737
4. Vertragstyp und Einordnung	745
5. Typischer Vertragsaufbau	748
6. Datenschutzregelungen bei Software-Pflege	749
7. Pflegeleistungen und „Service Level Agreements“	756
8. Mitwirkung des Kunden	759
9. Zusammenfassung, Hinweis auf Musterverträge	763
§ 15 Beschaffung von Hardware, embedded Software und autonome Systeme	
I. Begriff der Hardware	766
II. Hardware-Kauf	767
1. Vertragstypologie	767
2. Vorvertragliche Beratungspflichten	768
3. Vertragliche Besonderheiten	771
4. Leistungsstörungen	775
III. Hardware-Miete	780
1. Begriff und Bedeutung	780
2. Vertragstypologische Einordnung	780
3. Miete und Insolvenz	781
4. Vertragliche Besonderheiten	781
5. Mängelhaftung	785
IV. Hardware-Leasing	785
1. Grundlagen	785
2. Leasingtypisches Dreiecksverhältnis	786
3. Typische Fallkonstellationen	787
V. Hardware-Wartung	790
1. Begriff und Grundlagen	790
2. Abgrenzung zur Mängelhaftung	794

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Vertragliche Besonderheiten	794
VI. Besonderheiten des Hardware-Vertriebs	798
1. Einführung	798
2. Hardwarebezogene Besonderheiten	801
VII. Embedded Systems	803
1. Einführung	803
2. Besonderheiten der unterschiedlichen Systeme	806
§ 16 Standardklauseln im Geschäftsverkehr	
I. Einführung	811
II. Grundregeln bei der Verwendung von Standardklauseln	811
1. Einbeziehung	811
2. Besondere Konstellationen	813
3. Überraschende Klauseln	813
4. Unwirksamkeit der Klausel wegen Intransparenz	813
5. Lizenzbedingungen der Hersteller	814
6. Grundsätze der Inhaltskontrolle	815
7. Individualvereinbarungen	818
III. Wesentliche praxisrelevante Standardklauseln in IT-Verträgen	819
1. Sachmängelregelungen	819
2. Rechtsmängel	823
3. Schadensersatzansprüche	826
4. Nutzungsrechte	830
5. Organisationsregeln	836
6. Change-Request-Regeln/Änderungsregeln	840
7. Abnahme Klauseln	842
8. Preis- und Fälligkeitsregeln	844
9. Verzugsklauseln	845
10. Klauseln zu § 648 BGB	846
11. Weitere übliche Klauseln	848
IV. Besonderheiten bei Softwaremiete und -pflege	849
1. Klauseln über die Vertragsdauer	849
2. Regelungen zur Zahlung	851
3. Preisanpassungsklauseln	851
4. Insbesondere: Gewährleistung im Mietrecht	853
5. Miete neuer Softwareversionen	853
6. Weitere Klauseln	854
§ 17 Besonderheiten in Verbraucherverträgen bei Überlassung von Hard- und Software	
I. Anwendungsbereich des Verbraucherrechts	857
1. Verbraucher- und Unternehmerbegriff	857
2. Nicht erkennbarer Vertragszweck	858
3. Gemischte Kaufzwecke: Dual Use	859
4. Beschränkung auf natürliche Personen; BGB-Gesellschaft	859
5. Existenzgründer als Verbraucher?	859
6. Abgrenzung zur gewerblichen Tätigkeit und die Bereichsausnahme des § 474 Abs. 2 S. 2 BGB (e-Bay-PowerSeller)	860
7. Beweislast	861
II. Besonderheiten des Verbrauchsgüterkaufs	861
1. Kauf- und Werklieferungsverträge über bewegliche Sachen	862
2. Software als bewegliche Sache; § 650 BGB; Download	862
3. Keine Herausgabe von Gebrauchsvorteilen	863

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Unabdingbarkeit gem. § 476 BGB	863
5. Garantien	866
6. Rückgriffsrecht des Unternehmers, §§ 445a, 445b BGB nF	870
7. Der Dieselskandal und seine verbraucherrechtlichen Implikationen	873
III. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen im AGB-Recht mit Klauselbeispielen	875
1. Einbeziehung von AGB	876
2. Inhaltskontrolle von AGB bei Verbraucherverträgen	879
IV. Besonderheiten bei Finanzierungsgeschäften mit Verbrauchern	887
V. Prozessuale und internationale Bezüge	887
§ 18 IT-Projektmanagement	
I. Einführung	892
1. Überblick, Charakteristika eines Projekts	892
2. Scheitern vieler IT-Projekte	894
II. Typische „Projektsünden“	895
1. Überblick	895
2. Einzelne Projektsünden	896
3. Zusammenfassung der typischen Projektsünden	902
III. Leistungsbeschreibung, Pflichtenheft und Anforderungsmanagement	903
1. Einleitung	903
2. Leistungsbeschreibung und „Pflichtenheft“	903
3. Das „Pflichtenheft“ in der Rechtsprechung des BGH	905
4. Rechtliche Risiken des fehlenden „Pflichtenhefts“	908
5. Fachliche Anforderungen im IT-Projekt, Ist-/Soll-Analyse	910
IV. Themenkomplexe eines IT-Projekt-Vertrages und typische Vertragsgegenstände	916
1. Denkbare Aufbau (Grobdarstellung)	916
2. Allgemeines zum Vertragsgegenstand eines IT-Projekts	918
3. Themenkomplexe eines IT-Projektvertrages im Detail	921
V. Vorgehensmodelle und Projektphasen	923
1. Gängige Projektphasen	923
2. Phasenschema nach dem Wasserfallmodell, Vertragliche Risikominimierung für den Auftragnehmer	924
3. Variationsmöglichkeiten bei der vertraglichen Gestaltung	925
VI. Projektverantwortung, Projektleitung und Projektmanagement sowie Projektorganisation	926
1. Bedeutung und Begrifflichkeiten und falsche Vorstellungen	926
2. Projektverantwortung	926
3. Projektleitung und Projektmanagement	929
4. Projektorganisation	930
VII. Leistungen des Auftraggebers (Mitwirkung und Beistellungen)	931
1. Erforderlichkeit der intensiven Mitwirkung zum Erreichen des Projekterfolgs	931
2. Gesetzliche Regelungen zur Mitwirkung	935
3. Formulierungsbeispiel für eine vertragliche Regelung der Mitwirkungsleistungen (auftragnehmerfreundlich)	936
VIII. Change Requests und Change Management	937
1. Kein IT-Projekt ohne Change Requests	937
2. Typische Änderungssituationen und Regelungsbedarf bei Change Requests	937
3. Gefahren- und Konfliktpotential bei Change Requests	939
4. Auswirkung von Änderungen auf Termine	940
5. Vergütung von Mehraufwand	941

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Ungeeignete Ausführungsart	942
7. Weitere Checklisten, Praxistipps und Formulierungsvorschläge	943
8. Praktische Handhabung von Änderungsverlangen v. a. bei fehlender/ unzureichender vertraglicher Regelung	946
IX. Testverfahren und Abnahmeprüfungen	948
1. Problematik des Produktstarts vor Abnahme	948
2. Notwendigkeit von Testverfahren und Abnahmeprüfungen	950
3. Gegenstand der Tests und/oder Abnahmeprüfung	953
4. Exkurs: Datenschutzerfordernisse an Testverfahren	956
5. Beispiele für vertragliche Abnahmeregelungen	964
X. Dokumentation	967
1. Arten der Dokumentation	967
2. Rechtsprechung zur Anwenderdokumentation	968
3. Anwenderdokumentation im Verhältnis zur „Online-Hilfe“	969
4. Andere Arten der Dokumentation	970
5. Fehlende Anwenderdokumentation: Treuwidriges Berufen im Prozess	970
6. Besonderheiten bei einer Vergütung nach Aufwand	971
7. Umfang und Fälligkeit der Anwenderdokumentation	971
8. Formulierungsvorschlag	972
XI. Projektbeendigung	973
1. Vollendung, Abnahme	973
2. Rücktritt	974
3. Kündigung	976
4. Leistungen des Auftragnehmers nach Rücktritt/Kündigung durch den Auf- traggeber	987
5. Beispiel für eine vertragliche Regelung zur Projektbeendigung	979
§ 19 Outsourcing-Verträge	
I. Varianten des Outsourcings und Ablauf eines Outsourcing-Projektes	983
1. Einleitung	983
2. Outsourcing-Varianten	984
3. Ablauf eines IT-Outsourcing-Projekts	985
II. Die Vorphase des Vertragsschlusses im Outsourcing-Projekt	986
1. Die Vertraulichkeitsvereinbarung (NDA)	986
2. Request for Proposal (RFP)	988
III. Due Diligence	990
1. Due Diligence beim Kunden	990
2. Due Diligence beim Anbieter	991
3. Letter of Intent und Memorandum of Understanding	991
IV. Modulare Vertragsstruktur als Grundlage des IT-Outsourcing-Projektes	992
1. Überblick	992
2. Juristische Grundlagen: Anwendung des Vertragsrechts des BGB auf den Outsourcing-Vertrag	993
3. Gestaltung des IT-Outsourcing-Vertrages durch modularen Vertragsauf- bau	994
4. Allgemeine Hinweise zur Gestaltung des IT-Outsourcing-Vertrages	996
V. Die Regelungen der einzelnen Vertragsteile	996
1. Aufbauschema	996
2. Der Rahmenvertrag und seine Regelungen als Fundament des Projektes	998
3. Die Transition und Transformation	1023
4. Das Asset Transfer Agreement	1026
5. Der Vertrag zur Übernahme von Drittverträgen	1027
6. Personalübertragungsvertrag und § 613a BGB	1028

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Leistungsscheine und Service Level Agreements	1029
VI. Besonderheiten des Outsourcing in der Finanzbranche	1033
1. Besondere organisatorische Anforderungen an Kreditinstitute, Finanzdienstleister und Zahlungsdienstleister	1033
2. Outsourcing im Wertpapierhandel	1037
3. Besonderheiten des Outsourcing bei Kapitalanlagegesellschaften	1039
VII. Besonderheiten des Outsourcing in der Versicherungsbranche	1040
1. Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen	1041
2. Auswirkungen auf den Outsourcing-Vertrag und die Vertragsparteien	1043
VIII. Outsourcing des Betriebs kritischer Infrastrukturen in der Finanz- und Versicherungsbranche	1044
1. Begriff der kritischen Infrastrukturen	1045
2. Der Outsourcing-Anbieter als Betreiber kritischer Infrastrukturen	1046
IX. Internationale Bezüge des Outsourcing, Offshoring-Projekte	1047
1. Cross-Border Outsourcing	1047
2. Offshoring – Regionen und Besonderheiten	1047
3. Strukturmodelle und Vertragsgestaltung	1048
4. Regelungen zur Qualitätssicherung	1049
5. Durchsetzung vertraglicher Ansprüche durch Garantien und Performance Bonds	1049
6. Datenschutz	1050
X. Outsourcing durch die öffentliche Hand	1050
§ 20 Webshop-Outsourcing	
I. Allgemeines	1051
1. Verwendungsmöglichkeiten	1051
2. Abgrenzung	1052
3. Hintergrund und Ziel des Webshop-Outsourcing	1054
II. Rechtsnatur	1057
1. Stand der Literatur und Rechtsprechung	1057
2. Ausgangspunkt: Vertragstypische Leistungspflichten des Internet-System-Vertrags	1060
3. Anwendung der BGH-Rechtsprechung auf den Webshop-Outsourcing-Vertrag	1061
4. Hauptleistungspflichten und vertraglicher Schwerpunkt	1061
5. Webshop-Outsourcing als Gesamtsystem	1063
III. Vertragsgestaltung	1064
1. Vertragsaufbau	1064
2. Einzelheiten zu einigen wesentlichen Regelungsbereichen	1066
§ 21 Providerverträge	
I. Allgemeines	1082
II. Regulatorischer und rechtlicher Rahmen	1083
1. Gesetzliche Definitionen	1084
2. Vertragsrechtlicher Rahmen	1085
III. Vertragstypen	1085
1. Access-Provider (Zugangspartner)	1085
2. Host-Provider	1090
3. Domain-Provider	1094
4. Content-/Information-Provider	1099
5. Email-Service-Provider	1102
6. Web-Designer	1103

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 22 Cloud Computing	
I. Grundsätze zu Cloud-Verträgen	1113
1. Funktionsweise und wirtschaftliche Bedeutung	1113
2. Rahmenbedingungen der Vertragsgestaltung	1115
3. Vertragsstrukturen und Anforderungen an Cloud Verträge	1118
4. Vertragstypologie	1119
5. Unterschiede zu klassischen Überlassungsverträgen	1122
6. Internationales Privat- und Zivilprozessrecht	1123
7. Urheberrechtliche Einordnung	1126
8. Regulatorische, Verbands- und sonstige Aktivitäten und Veröffentlichungen	1129
II. Einzelne cloud-spezifische Regelungsgegenstände	1133
1. IPR: Rechtswahlklausel	1133
2. Leistungsbeschreibung	1135
3. SLA und Verfügbarkeitszusagen	1138
4. Haftungsbegrenzungen	1142
5. Einräumung von Nutzungsrechten	1144
6. Einseitige Vertragsänderungen	1145
7. Klauseln über Datenhoheit	1150
8. Vertragsbeendigung	1152
9. Datensicherheit und Standards	1153
III. Datenschutz	1156
1. Aktuelle Entwicklungen	1156
2. Datenschutzrechtliche Bewertung	1166
3. Cloud Computing und Drittlandskonstellationen	186
§ 23 Internationales Privatrecht	
I. Allgemeine Grundsätze/Rechtsquellen des IPR	1192
1. EVÜ, Artikel 27 bis 37 EGBGB aF	1192
2. Rom-Verordnungen	1193
3. Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	1193
4. Harmonisierung – digitale Inhalte und Verbraucherschutz	1194
5. Harmonisierung – Fernabsatz und Verbraucherschutz	1196
6. Digitalcharta	1197
II. Vertragsstatut/Anwendbares Recht	1197
1. Grundsätze der Bestimmung des Vertragsstatut	1197
2. Vertragsstatut und Verbraucherschutz	1201
3. Vertragsstatut und Lizenzverträge	1202
4. Vertragsstatut und Lizenzverträge	1203
5. Wiener UN-Kaufrecht (CISG)	1208
III. Vertragsstatut und Elektronischer Geschäftsverkehr	1210
1. Kaufmännischer Rechtsverkehr	1210
2. Verbraucherverträge	1211
IV. Möglichkeiten und Grenzen der Rechtswahl	1213
1. Kaufmännischer Rechtsverkehr	1213
2. Verbraucherverträge	1216
3. Besonderheiten des elektronischen Geschäftsverkehrs/der Plattformverträge	1217
V. Lokalisierung von Verträgen	1218

Teil D. Vertrieb und Elektronischer Geschäftsverkehr

§ 24 Vertrieb von Software

I. Die verschiedenen Arten des Softwarevertriebs	1221
--	------

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Überblick	1221
2. Vertrieb über Handelsvertreter oder Vertragshändler – Abgrenzungsfragen	1222
3. Ausgestaltung der verschiedenen Arten des Softwarevertriebs	1225
II. Verträge zwischen Softwareherstellern und Vertriebspartnern	1227
1. Anwendbare Vorschriften für Handelsvertreter- und Vertragshändlerverträge	1228
2. Rechte und Pflichten aus dem Vertriebsvertrag	1229
3. Anwendbares Recht und Gerichtsstandsvereinbarungen im internationalen Vertrieb	1234
4. Kartellrechtliche Fragen	1235
5. Vertragsbeendigung, insbesondere § 89a HGB	1235
6. Möglichkeiten zur Vertragsverlängerung	1237
7. Herausgabeansprüche	1238
8. Goodwill-Ausgleichsansprüche, insbesondere § 89b HGB	1238
III. Verträge zwischen Softwareherstellern/Vertriebspartnern und Endkunden	1245
1. Überblick	1245
2. Einbeziehung von Enduser License Agreements („EULA“) des Vertragshändlers	1246
3. Vertragsschluss und Einbeziehung des EULA des Herstellers bei Shrinkwrap- und Clickwrap-Agreements	1246
4. Vertragsschluss bei Registrierkartenverträgen	1247
5. Auseinanderfallen der Vertragsparteien auf Lieferantenseite	149
6. Mängelrechte und Haftungsfragen	1253
IV. Handel mit „gebrauchter“ Software	1258
1. Hintergründe	1258
2. Grundsätzliche Zulässigkeit des Handels mit „gebrauchter“ Software	1259
3. Ausnahmen der Zulässigkeit des Handels mit „gebrauchter“ Software	1263
4. AGB-rechtliche Zulässigkeit von Weiterübertragungsverboten	1265

§ 25 Webdesign, Online- und E-Mail-Marketing, Online-Auktionen

I. Webdesign-Verträge	1270
1. Typische Leistungskomponenten	1271
2. Urheberrechtliche Schutzfähigkeit von Websites	1272
3. Rechtseinräumung	1273
4. Pflichtenheft und Leistungsbeschreibungen	1274
5. Zeitplan	1276
6. Abnahme und Teilabnahme	1276
7. Leistungsänderungen/Change-Management	1276
8. Gewährleistung/Haftung	1277
II. Online- und E-Mail-Marketing	1278
1. Internet-Marketing, Meta-Tags und Ad-Words	1278
2. E-Mail-Marketing	1287
3. Besondere Leistungsgegenstände	1310
III. Online-Auktionen	1315
1. Grundlagen bei Onlineauktionen	1315
2. Bewertungssystem	1323
IV. Vertrieb über Plattformen	1325
1. Vertragsverhältnisse im Plattformvertrieb	1326
2. Informationspflichten	1327
3. AGB-Recht	1332
4. Weitere relevante Vorschriften	1334
5. Wettbewerbsrecht	1336

Inhaltsverzeichnis

§ 26 E-Commerce und Fernabsatzrecht	Seite
I. Allgemeines	1339
II. Vertragsschluss	1339
1. Online-Vertragsschluss	1340
2. Anfechtung von Willenserklärungen im Internet	1340
3. Zugang von Willenserklärungen im Internet	1343
III. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB“)	1345
1. Grundsatz	1345
2. Business-to-Business, B2B	1345
3. Business-to-Consumer, B2C	1346
IV. Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr, §§ 312i, j BGB	1350
1. Konzeption	1350
2. Allgemeine Pflichten nach § 312i BGB	1352
3. Besondere Pflichten, § 312j BGB	1360
V. Fernabsatzrecht, §§ 312b–312h BGB	1365
1. Grundsatz und Konzept	1365
2. Anwendungsbereich, § 312c BGB	1365
3. Struktur	1366
4. Informationspflichten, § 312d Abs. 1 S. 1 BGB, Art. 246a EGBGB	1367
5. Liefertermin, Art. 246a § 1 Abs. 1 Nr. 7 EGBGB	1368
6. Vertragsbestätigung, § 312f Abs. 2 BGB	1369
VI. Widerrufsrecht, § 312g BGB, § 355 BGB	1372
1. Das neue Widerrufsrecht	1372
2. Die Bereichsausnahmen, § 312g Abs. 2 BGB	1381
3. Rechtsfolgen bei Widerruf, § 357 BGB	1389
4. Wertersatz, § 357 Abs. 7 – Abs. 9 BGB	1391
5. Hin- und Rücksendekosten	1393
VII. Allgemeine Pflichten und Zusatzkosten, § 312a Abs. 3–Abs. 6 BGB	1394
1. Vereinbarungen über Zusatzleistungen, § 312a Abs. 3 BGB	1394
2. Vereinbarungen zu Zahlungsmitteln, § 312a Abs. 4 BGB	1395
3. Kostenpflichtige Rufnummern, § 312a Abs. 5 BGB	1396
4. Rechtsfolge bei Verstoß, § 312a Abs. 6 BGB	1397
VIII. Umgehungsverbot, § 312k BGB	1397
IX. Digitale Inhalte	1398
1. Grundsatz	1398
2. Informationspflichten	1398
3. Widerrufsrecht	1399
4. Wertersatz	1401
5. Praktische Umsetzung	1401
X. Verträge über die Lieferung von Wasser, Gas, Strom oder Fernwärme	1402
1. Allgemein	1402
2. Vorvertragliche Informationspflichten	1403
3. Widerrufsrecht und Widerrufsfrist	1403
4. Wertersatzpflicht	1403
XI. Mobile-Commerce	1404
XII. Preisangabenverordnung (PAngV)	1405
1. Geltungsbereich allgemein	1405
2. Geltung der PAngV für Fernabsatzverträge	1406
3. Rechtsprechung zur Preisgestaltung im Internet	1406
4. Alternative Streitbeilegung	1410
§ 27 E-Payment und E-Invoicing	
I. Einleitung	1415
II. E-Payment	1416

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Überweisung/Online-Banking	1416
2. Kreditkartenzahlungen	1422
3. Elektronisches Lastschriftverfahren	1425
4. E-Geld-Konten basierte Zahlungssysteme	1427
5. Prepaid-Zahlungssysteme	1428
6. Direktüberweisungssysteme	1429
7. Virtuelle Währungen, insbesondere Bitcoins	1430
8. Zivilrechtliche Informations- und Unterrichtungspflichten	1434
III. E-Invoicing	1437
1. Einführung	1437
2. E-Invoicing in der Praxis	1438
3. Gesetzliche Anforderungen an das E-Invoicing	1439
§ 28 Apps und Social Media	
I. Einleitung	1444
II. Apps	1444
1. Begriffsbestimmungen „App“ und „Smart Device“	1444
2. Wirtschaftliche Bedeutung und technische Grundlagen von Apps und App Stores	1445
3. Anwendbares Recht und Vertragsverhältnisse beim Bezug von Apps	1446
4. Vertrieb von Apps	1449
5. Datenschutz und Datensicherheit bei Vertrieb und Nutzung von Apps	1455
6. Apps im Enterprise-Umfeld	1462
7. Besonderheiten bei der Erstellung von Apps	1463
III. Social Media	1464
1. Begriffsbestimmung und Funktionen	1464
2. Anforderungen an Social Media Präsenzen	1465
3. Datenschutz bei Social Media	1467
4. Social Media Marketing	1470
5. Betrieb einer Social Media Präsenz	1472
6. Social Media im Unternehmen	1473
§ 29 Gaming: Computer- und Online-Spiele	
I. Einleitung	1476
II. Geistiges Eigentum am Spiel	1476
1. Urheberrechte	1476
2. Markenrechte, Domainrechte und Patentrechte	1478
3. Persönlichkeitsrechte Dritter	1479
III. Entwicklung des Spiels	1480
IV. Vertrieb des Spiels	1484
1. Vertriebskooperationen	1484
2. Vertragsbeziehung zu den Endkunden	1485
3. In-Game-Advertising	1488
4. Sonderfragen im Rahmen von eSports	1488
V. Jugendschutz	1489
VI. Unerlaubtes Glücksspiel	1490
VII. Datenschutz	1492
§ 30 Elektronische Kommunikation und berufsspezifische Besonderheiten	
I. Berufsspezifische Regelungen	1496
1. Geltung von EU DS-GVO und BDSG für die Anwaltschaft	1496

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Wahrung der Berufsgeheimnisse bei Outsourcing, Cloud Computing und Legal Tech – Auftragsverarbeitung	1505
3. Grundregeln der Anwaltschaft in der Informationsgesellschaft	1510
4. Spezifisches Werberecht für Freie Berufe	1511
5. DL-InfoV	1514
II. Recht der Vertrauensdienste und der elektronischen Signaturen	1517
1. Technische Grundlagentheorie – Kryptographie	1517
2. Technische Grundlagen – elektronische Signaturen	1518
3. Recht der elektronischen Signaturen	1519
4. Praxis elektronischer Signaturen	1530
III. Elektronischer Personalausweis	1544
1. Das Personalausweisgesetz vom 18.6.2009	1544
2. Verpflichtende und optionale Funktionen	1544
3. Änderung des PAuswG in 2017	1545
4. Technik und Gestaltung	1545
5. Der nPA und das Internet	1546
6. Verlust des nPA	1547
IV. De-Mail	1548
1. Einleitung	1548
2. Zweck und Struktur des De-Mail-G	1548
3. De-Mail und Datenschutz	1549
4. Akkreditierung der Anbieter	1550
5. Ausgestaltung der E-Mail-Adresse	1550
6. Identitätsfeststellung des Nutzers und Anmeldeverfahren	1550
7. Sicherheit des Transports	1551
8. Zusatzdienste nach dem De-Mail-G	1552
9. Bestätigungen	1552
10. Zustellung und Zugang	1552
11. Beweis und Anscheinsbeweis und dessen Erschütterung, Schriftformerfordernis	1553
12. Haftung	1554
V. E-Postbrief	1554

Teil E. Telekommunikationsrecht

§ 31 Das Recht der Kommunikationsnetze und -dienste

I. Die sektorspezifische Regulierung der Telekommunikation – Grundlagen	1559
1. Die Liberalisierung und Harmonisierung der Telekommunikationsmärkte ..	1559
2. Die Regulierungsbehörden und deren Zuständigkeiten	1564
3. Das Telekommunikationsrecht als sektorspezifisches Kartellrecht	1565
II. Die Telekommunikationsregulierung nach dem TKG	1566
1. Marktzutritt	1567
2. Marktregulierung	1568
3. Frequenzordnung	1578
4. Nummerierung	1584
5. Wegerechte und Mitnutzung	1588
6. Rechtsschutz	1594
III. Vertragsrecht und besonderer Kundenschutz	1594
1. Rechtsnatur von Verträgen über Telekommunikationsdienstleistungen	1594
2. Vertragsschluss	1596
3. Pflichten der Parteien von Telekommunikationsverträgen	1602
4. Leistungsstörungen und Haftung im Rahmen von Telekommunikationsverträgen	1612

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Beendigung von Telekommunikationsverträgen	1614
6. Sonderfall: Dauerschuldverhältnisse bei Kurzwahldiensten	1616
7. Telekommunikations-Datenschutzrecht	1616
§ 32 WAN- und VPN-Verträge	
I. Hintergrund und wirtschaftliche Bedeutung	1622
II. Begriffe, Typen der Datennetzverträge und Schwerpunkte der Leistungen	1623
1. Infrastruktur-Verträge und deren Technik	1623
2. Abgrenzung zu Internetzugang, LAN, Zusammenschaltung und Dark Fiber	1624
3. Leistungsmerkmale bei WAN- und VPN-Vertrag	1625
4. Vertragstypologie	1627
III. Regulatorische Vorgaben des TKG	1628
1. TK-Dienste und Kundenschutz	1628
2. Regulierung Markt mächtiger Anbieter	1629
IV. Vertragsaufbau eines WAN/VPN-Vertrags und ausgewählte Regelungen	1629
1. Aufbau	1629
2. Präambel	1629
3. Leistungsbeschreibung, Definitionen und Vertragsgegenstand	1629
4. „Abnahme“ der Leistungen	1631
5. Gewährleistung (Service Level)	1631
6. Organisation der Zusammenarbeit	1634
7. Mitwirkung des Kunden	1634
8. Rechtseinräumung	1634
9. Change Management	1634
10. Schadensersatz	1634
11. Datenschutz	1635
12. Vertragslaufzeit und Beendigung	1635
13. Schlussbestimmungen, Exit	1635

Teil F. Datenschutz, Sicherheit und Insolvenz, Compliance und Sicherheitsrecht

§ 33 Compliance, IT-Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung	
I. Einleitung	1642
1. Entwicklungen und aktuelle Bedrohungen	1642
2. Überblick über das IT-Sicherheitsrecht	1643
3. Neuere Entwicklungen zu IT-Sicherheitsrechtlichen Anforderungen innerhalb und außerhalb der EU	1646
II. Risikomanagement, Haftung der Geschäftsleitung, Compliance	1650
1. Begriffsbestimmung und Stand der Diskussion zum Spannungsfeld	1650
2. IKS, Compliance-Pflicht und Risikomanagementsystem	1652
3. Haftung der Geschäftsleitung	1659
4. Matrix-Strukturen in Konzernen	1664
5. Compliance-Pflichten des Vorstands im Konzern	1667
6. Verantwortlichkeit von betrieblichen Beauftragten (Compliance Officer, betrieblicher Datenschutzbeauftragter, Rechtsabteilungs- und Revisionsleiter uÄ)	1673
7. Risikobewertungskriterien bei unternehmenskritischen Anwendungen	1679
III. Weitere gesetzliche und vertragliche Grundlagen der IT-Sicherheit	1685
1. Art. 32 DS-GVO und der risikobasierte Ansatz	1686
2. Datensicherheitsvorschriften in TMG und TKG	1695

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen, Art. 25 DS-GVO	1696
4. Zugangskontrolldiensteschutz-Gesetz (ZKDSG) und Onlinezugangsgesetz (OZG)	1698
5. Insiderlisten unter Art. 18 MAR	1699
6. IT-Sicherheit als Konsequenz der Vermeidung strafrechtlicher Haftung	1700
7. Öffentlich-rechtliche Regelungen zur IT-Sicherheit	1701
8. Orientierungshilfen der Datenschutzbehörden	1712
9. Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen nach GeschGehG und vertragliche Verpflichtungen zur Etablierung von IT-Sicherheit	1714
IV. Beispiele ausländischer und internationaler Anforderungen an IT-Compliance und IT-Security	1717
1. Sarbanes-Oxley Act	1717
2. Weitere US-Regelungen zu IT Security	1720
3. Basel II und III	1721
4. MiFID/KWG	1723
5. Solvency II	1724
6. Auswirkungen auf den IT-Bereich und auf IT-Verträge	1724
V. Anerkannte Standards, Best practices, ISO- und DIN-Normen	1725
1. DIN-Normen	1725
2. Standards und Best Practices im Überblick	1726
VI. Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung, IT-Compliance-Anforderungen insbesondere an den betrieblichen E-Mail-Einsatz	1736
1. IT-Compliance-Anforderungen an betriebliche E-Mails	1736
2. Archivierungspflichten, insbes. Anforderungen aus GoBD	1737
3. Schnittstelle zum technischen Datenschutzrecht	1740
4. Direktmarketing, Spam, Spamfilter	1741
5. Löschpflichten, Löschkonzepte	1742
6. Projektdurchführung	1747
VII. Spezielle Techniken, spezielle Gefährdungen, Einzelfragen	1750
1. Authentifizierungssysteme, Single-Sign-On	1750
2. RFID, Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0	1753
3. Sicherheit von Blockchain	1757
4. Anwendung sonstiger Vorschriften aus dem Bereich der Produkthaftung und -sicherheit	1759

§ 34 Recht des Datenschutzes

I. Einleitung	1766
II. Datenschutz, Grundrechte und andere Abgrenzungsfragen	1770
1. Rechtsgüter und Schutzgüter im Zusammenhang mit Daten	1770
2. Verhältnis der EU-Grundrechte-Charta zum Persönlichkeitsschutz nach GG und EMRK	1771
3. Der Schutz der Persönlichkeit und das deutsche Grundgesetz	1774
4. Neuere Entwicklung der Datenschutzgesetzgebung	1782
5. Querverbindungen zu anderen Rechtsgebieten	1783
III. Überblick über die Datenschutz-Grundverordnung und das BDSG	1788
1. Entwicklung der DS-GVO und Übergangsphase	1788
2. Systematik und Aufbau der DS-GVO	1790
3. Ausgewählte Grundbegriffe der DS-GVO	1791
4. Grundprinzipien der DS-GVO und ausgewählte Inhalte	1799
5. Verhältnis der DS-GVO zu nationalen Datenschutzvorschriften	1808
6. Verhältnis von Berufs-/Amtsgeheimnissen zu Datenschutzvorschriften	1813

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Verhältnis von Geheimhaltungsvereinbarungen zu Datenschutzvorschriften	1818
8. Auslegungshilfen	1819
IV. Zulässigkeit des Umgangs mit personenbezogenen Daten – Beispiel Beschäftigendatenschutz	1820
1. Ausgangssituation zum Datenschutz in der Unternehmensgruppe	1822
2. Erlaubnisvorschriften außerhalb von DS-GVO und BDSG	1825
3. „Normalfall“ des § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG bei der Verarbeitung von Beschäftigendaten	1827
4. Kontrollen von Beschäftigendaten und interne Ermittlungen	1837
5. Auftragsverarbeitung und gemeinsame Verantwortlichkeit in der Unternehmensgruppe (Art. 28, 29, 26 DS-GVO)	1870
6. Einwilligungen von Beschäftigten und Beteiligung des Betriebsrats	1881
V. Datenschutzbeauftragter	1890
1. Europarechtliche Vorgaben und Entwicklung	1890
2. Benennung des Datenschutzbeauftragten durch den Verantwortlichen und den Auftragsverarbeiter	1891
3. Berufliche Qualifikation, Fachkunde und Zuverlässigkeit	1894
4. Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	1896
5. Stellung und Rechte des Datenschutzbeauftragten	1899
6. Externer Datenschutzbeauftragter als gewerbliche Tätigkeit	1908
VI. Einwilligung nach DS-GVO und Verhältnis zu nationalen Vorschriften	1911
1. Einwilligungsfähigkeit	1911
2. Verhältnis zu gesetzlichen Erlaubnistatbeständen und Transparenz	1913
3. Abgrenzung zum Widerspruch, Form der Einwilligung und Einwilligung bei besonderen Kategorien personenbezogener Daten	1917
4. Unfreiwilligkeit, Ungleichgewicht, Koppelung	1920
5. Übertragbarkeit und Gültigkeitsdauer von Einwilligungen, Verhältnis zur Datenübertragbarkeit	1923
6. Regelungen zur Einwilligung im KUG	1926
7. Einwilligung im (Direkt-)Marketing	1929
VII. Rechenschaft und Transparenz	1937
1. Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten	1938
2. Datenschutzfolgenabschätzung	1946
3. Betroffenenrechte	1953
4. Zertifizierung, Art. 42, 43 DS-GVO	1983
VIII. Datenschutzverstöße und Datenpannen	1984
1. Abmahnfähigkeit von Datenschutzverstößen	1984
2. Behördliche Datenschutzaufsicht	1987
IX. Kundendatenschutz (Adresshandel, CRM, Scoring uÄ)	1995
1. Erlaubnis und Zweckbindung	1998
2. Adresshandel und Werbung	2001
3. Profilbildung und Customer Relationship Management (CRM), Zentralisierung der IT, Datenbankpflege/Doublettenprüfung	2002
4. Bonitätsprüfung, Scoring, Geo-Scoring	2010
5. Datenschutz und Marketing	2022
6. Datenschutzerfordernissen im Callcenter	2030
X. Weitere Datenschutz-Anwendungsfelder	2032
1. Mautdaten, Kfz-Kennzeichenerfassung	2033
2. Vorratsdatenspeicherung und Anti-Terror-Datei	2033
3. Fluggastdaten	2036
4. Smart Metering	2040
5. Smart Cars – Datenschutz in Pkws und Nutzfahrzeugen	2042

Inhaltsverzeichnis

§ 35 Grenzüberschreitende Datenverarbeitung	Seite
I. Der Internationale Anwendungsbereich des europäischen Datenschutzrechts	2047
1. Die Regelungen der DS-GVO	2047
2. Die Regelungen des BDSG (2018)	2050
3. Bereichsspezifischer Datenschutz nach nationalem deutschem Recht	2050
4. Praktische Probleme	2051
II. Die Rechtmäßigkeit der Übermittlung personenbezogener Daten in das Aus- land nach der DS-GVO	2051
1. Vorbemerkung	2051
2. Übermittlung personenbezogener Daten innerhalb der EU und der Ver- tragsstaaten des EWR	2052
3. Datenübermittlung in ein Drittland und an internationale Organisationen .	2052
4. Auftragsverarbeitung	2072
III. Spezialprobleme	2075
1. E-Discovery	2075
2. „Brexit“	2077
§ 36 Datenschutz im Internet	
I. Rechtsrahmen	2081
1. Verhältnis DS-GVO und TMG	2082
2. ePrivacy-Verordnung (Entwurf)	2089
3. Telemediengesetz (TMG)	2098
4. Datenschutzaspekte der Reformen zur Eindämmung der Internet- kriminalität, Upload-Filter	2101
II. Allgemeine Datenschutzanforderungen an die Ausgestaltung von Websites	2102
1. Überblick zur Erhebung personenbezogener Daten von Internet-Nutzern, insbesondere Zweckbindung	2102
2. Tracking und Profilbildung	2105
3. Informationspflichten des Diensteanbieters	2130
4. Einwilligungserklärung und Kopplungsverbot	2139
5. Volljährigkeitserklärung, Altersverifikation, Schutz von Minderjährigen	2143
6. Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundlichen Voreinstellungen, speziell auch bei Kindern	2145
7. Sicherheit der Verarbeitung bei Online-Diensten gemäß dem Stand der Technik	2147
III. Datenschutz bei ausgewählten Telemedien	2149
1. Webshops	2149
2. Google Re-Captcha	2152
3. Suchmaschinen	2152
4. Social Scoring	2155
5. Datenschutzinformationen zu Apps	2156
6. Messenger	2158
7. Datenschutzkonforme Sicherungspflichten von WLAN-Betreibern, Urhe- berrechtsverletzungen durch Filesharing	2160
IV. Besonderheiten bei Diensten mit User Generated Content	2162
1. Bewertung von Einzelpersonen in Internetportalen	2162
2. Blogs und soziale Netzwerke	2163
3. Einbettung von YouTube-Videos auf Websites	2167
V. Checkliste: Wesentliche Anforderungen an die Gestaltung von Websites (va nach DS-GVO)	2168
§ 37 Arbeitsrechtliche Bezüge	
I. Typische IT-bezogene AGB-Klauseln in Arbeitsverträgen	2182
1. Anwendbarkeit von AGB-Vorschriften im Arbeitsrecht	2182

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Modifikationsvorgaben des § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	2182
3. Wichtige Klauseln in Arbeitsverträgen	2182
II. Freelancer und (Schein-)Selbstständige im IT-Bereich	2189
1. Freelancer	2189
2. Rechtliche Einordnung von Freelancern/Abgrenzung zu Arbeitnehmern	2190
3. Folgeprobleme bei Scheinselbstständigkeit von Freelancern	2190
III. Arbeitnehmerüberlassung bei Business Process Outsourcing	2191
1. Einleitung	2192
2. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)	2193
IV. § 613a bei IT-Outsourcing	2206
1. Der Betriebsübergang	2207
2. Voraussetzungen des Betriebsübergangs	2211
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs	2217
4. Betriebsverfassungsrechtliche Fragen	2219
5. Haftungsfragen	2220
6. Kündigungsschutz	2221
V. Arbeitsrechtliche Aspekte in Konzernen	2222
1. Versetzungsmöglichkeiten	2222
2. Konzerninterne Leiharbeitnehmer	2224
3. Matrixstrukturen	2225
4. Crowdfunding	2226
5. Job-Pairing	2227
6. Mobile Office	2228
VI. Kontrolle der betrieblichen E-Mail- und Internetnutzung – Möglichkeiten und Grenzen	2228
1. Betriebliche Praxis und Grundsatz des Verbots der Privatnutzung	2229
2. Anwendbare Datenschutzvorschriften und Maßgaben des TKG und TMG	2231
3. Regelungsmöglichkeiten im Rahmen einer „IT-Richtlinie“, Mitarbeiter- oder Betriebsvereinbarung	2235
4. Datenschutzkonforme Protokollierung und kaskadenartiges Kontrollschema	2239
5. Ausgewählte Rechtsprechung des BAG und der Instanzgerichte seit 2005 ...	2241
VII. Arbeitnehmererfindungsrecht	2244
1. Relevanz im IT-Sektor	2245
2. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich	2246
3. Diensterfindung und freie Erfindung	2250
4. Folgen der Inanspruchnahme der Diensterfindung	2255
5. Besonderheiten im Streitfall	2258
VIII. BYOD und Social Media-Richtlinien	2259
1. Erscheinungsformen und Schnittmengen	2260
2. Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit BYOD	2261
3. Social Media-Richtlinien am Arbeitsplatz	2274
4. Muster einer Social Media-Richtlinie	2282
§ 38 IT in der Insolvenz, Escrow	
I. IT in der Insolvenz	2287
II. Insolvenzrechtliche Vorüberlegungen	2288
1. Insolvenzgründe	2288
2. Vorsorge für den Insolvenzfall	2291
III. Erfüllung und Wahlrecht	2295
1. Der erfüllte Vertrag	2295
2. Anfechtung von Rechtsgeschäften	2295

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Wahlrecht des Insolvenzverwalters	2295
IV. Einzelne Schuldverhältnisse	2296
1. Fixgeschäfte	2296
2. Verkauf unter Eigentumsvorbehalt	2296
3. Fortbestehen bestimmter Schuldverhältnisse	2297
4. Erlöschen bestimmter Schuldverhältnisse	2297
V. Sonderfall: Lizenzverträge in der Insolvenz	2297
1. Insolvenzzrechtliche Erwägungen	2297
2. Entwicklung der Rechtsprechung	2299
3. Reformbestrebungen	2300
VI. Software Escrow – Grundlagen	2300
VII. Interessenlage bei Escrow	2302
1. Quellcode als Objekt des Escrow	2302
2. Bedeutung des Quellcodes für den Anwender	2302
3. Bedeutung des Quellcodes für den Hersteller	2303
4. Anspruch auf Herausgabe des Quellcodes	2304
5. Interessenausgleich durch Software-Escrow	2305
VIII. Escrow-Vertragstypen	2306
IX. Vertragsgestaltung	2307
1. Auswahl der Hinterlegungsstelle	2307
2. Synchronisierung	2307
3. Regelungspunkte im Escrow-Vertrag	2310
4. Hinterlegung	2311
5. Herausgabe und Insolvenz	2312
6. Gestaltungshinweise zur Herausgabe	2314
7. Nutzungsrechte	2317
8. Kosten der Hinterlegung	2318

Teil G. Kartellrecht und Vergaberecht

§ 39 Kartellrechtliche Bezüge

I. Einführung	2323
1. Kartellrecht im Wandel und aktuelle Herausforderungen	2323
2. Abgrenzung zu anderen kartellrechtlichen Regelungen und anderen Rechtsgebieten	2331
II. Überblick über wesentliche Regelungen des deutschen Kartellrechts	2334
1. Tatbestandsmerkmale des Kartellverbots (§ 1 GWB)	2334
2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (§§ 18, 19 GWB)	2342
3. Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht (§ 20 GWB)	2350
4. Boykottverbot, Verbot sonstigen wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens (§ 21 GWB)	2351
5. Wettbewerbsregeln und Sonderregeln	2351
6. Zusammenschlusskontrolle (§§ 35 ff. GWB)	2352
7. Monopolkommission und Kartellverfahren	2355
III. Überblick über wesentliche Regelungen des europäischen Kartellrechts	2357
1. Allgemeines	2357
2. Kartellverbot (Art. 101 AEUV)	2358
3. Freistellung (Art. 101 Abs. 3 AEUV und GVO)	2363
4. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	2369
5. Kartellverfahren gemäß VO (EG) Nr. 1/2003	2371
6. Europäisches Fusionskontrollverfahren	2372
IV. Befugnisse der Kartellbehörden	2374

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Befugnisse der EU-Kommission	2374
2. Befugnisse der deutschen Kartellbehörden (Bundeskartellamt, Landeskartellämter)	2380
3. Verhalten bei Maßnahmen der Kartellbehörden, im Vorfeld und zur Prävention	2384
V. Durchsetzung von kartellrechtlichen Ansprüchen durch Private	2391
1. Ansprüche der Verletzten/Geschädigten/Betroffenen	2393
2. Verfahrensaspekte	2397
3. Weißbuch der Europäischen Kommission	2400
VI. Verhältnis zwischen Immaterialgüterrecht und Kartellrecht	2400
1. Kartellrechtliche Grenzen von Lizenzvereinbarungen	2401
2. Missbrauch durch Verweigerung der Offenlegung von Schnittstelleninformationen	2404
3. Kartellrechtliche Grenzen von Standards	2404
4. Kartellrechtliche Grenzen von Patentlizenzen	2405
5. Schutzmaßnahmen gemäß §§ 95a ff. UrhG	2408
VII. Anwendbarkeit der Gruppenfreistellungsverordnungen auf Softwareverträge ...	2410
1. Praktische Relevanz der GVO für IT-Unternehmen	2410
2. Kartellrechtliche Bedeutung der Vertragstypologie von Softwareverträgen ..	2410
3. Freistellung von Softwareverträgen nach TT-GVO	2412
4. Softwareverträge und Freistellung nach Vertikal-GVO	2416
5. Gruppenfreistellung von F&E-Vereinbarungen	2417
6. Gruppenfreistellung von Spezialisierungsvereinbarungen	2418
VIII. Überblick über die kartellrechtliche Wirksamkeit von typischen wettbewerbsbeschränkenden Klauseln in Softwareverträgen	2418
1. Vorbemerkungen	2418
2. Fallgruppen nach GWB	2419
IX. Marktbeherrschende Stellung im IT-Bereich am Beispiel Microsoft	2421
1. Verweigerung der Offenlegung der notwendigen Schnittstellen	2421
2. Kopplung des Windows Media Player an das Betriebssystem Windows	2422
3. Bußgeld wegen Verstoßes gegen die Auflagen aus 2004	2423
X. Kartellrechtliche Probleme bei Online-Vertrieb und Online-Handel	2423
1. E-Commerce	2423
2. Virtuelle Marktplätze	2431
3. Rankingverfahren und Produkttests	2434
4. Kartellrechtliche Aspekte von Apps	2434
XI. Marktmacht von Google als kartellrechtliches Problem	2437
1. Charakteristika des Suchmaschinenmarkts	2437
2. Kartellrechtliche Beurteilung	2439
3. Kartellbeschwerde von VG Media und Presseverlagen in Deutschland	2441
XII. Kartellrechtlicher Anspruch auf Registrierung einer zweistelligen Domain	2442
 § 40 Öffentliche Vergabe von Leistungen der Informationstechnologien	
I. Einleitung	2448
1. Begriff und Ziel des Vergaberechts	2448
2. Wirtschaftliche Bedeutung des Vergaberechts	2449
3. Einfluss des Europarechts	2449
4. Vertragsschluss im Vergaberecht	2449
II. Aufbau des Vergaberechts: Überblick über die rechtlichen Grundlagen	2450
1. Einschlägige Vorschriften	2450
2. Vorhandene Unterlagen	2453
3. Aktueller Stand der Entwicklungen auf EU sowie nationaler Ebene	2453
III. Grundprinzipien der Auftragsvergabe	2454

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Diskriminierungsverbot/Gleichbehandlungsgrundsatz	2455
2. Wettbewerbsgrundsatz	2455
3. Transparenz und Vertraulichkeit	2456
4. Berücksichtigung mittelständischer Interessen, Losaufteilung	2457
5. Prinzip der Wirtschaftlichkeit, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, Vergabe an geeignete Unternehmen	2458
IV. Ausschreibungspflicht bei der Vergabe von IT-Leistungen auf nationaler bzw. EU-Ebene	2459
1. Grundsätze	2459
2. Schwellenwerte	2459
3. Bereichsausnahmen	2461
4. Ausschreibungspflicht: Die Kriterien nach §§ 98 ff. GWB (EU-Ebene)	2462
V. Vergabeverfahren nach VgV	2467
1. Anwendung der VgV	2467
2. Vorbereitung eines Vergabeverfahrens	2468
3. Verfahrensarten auf EU-Ebene	2486
4. Vergabebekanntmachung	2487
5. De Facto Vergaben	2488
6. Das Offene Verfahren (national: Die öffentliche Ausschreibung)	2489
7. Das Nichtoffene Verfahren (national: die beschränkte Ausschreibung)	2489
8. Das Verhandlungsverfahren (national: Die freihändige Vergabe)	2490
9. Prüfung und Wertung der Angebote, Zuschlagserteilung, Informations- und Wartepflicht	2497
10. Aufhebung einer Ausschreibung	2504
11. Sonderthemen	2504
VI. Rechtsschutzmöglichkeiten	2514
1. Überblick	2514
2. Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte	2515
3. Rechtsschutz oberhalb der Schwellenwerte	2517
Anhang: Ablaufpläne	2531
§ 41 Besondere und ergänzende Vertragsbedingungen der öffentlichen Hand – BVB und EVB-IT	
I. Allgemeines	2537
1. Hintergrund	2537
2. Rechtscharakter der BVB und EVB-IT	2542
3. Aufbau der BVB	2545
4. Aufbau der EVB-IT	2545
II. Vertragsübergreifende Regelungsbereiche der EVB-IT	2549
1. Einleitung	2549
2. Die einzelnen Regelungsbereiche	2549
III. Besonderheiten einzelner Vertragstypen (ohne System, Systemlieferung, Erstellung und Service)	2559
1. EVB-IT Kauf	2559
2. EVB-IT Instandhaltung	2563
3. EVB-IT Dienstleistung	2565
4. EVB-IT Überlassung	2568
5. EVB-IT Pflege S	2570
IV. EVB-IT System	2572
1. Anwendungsbereich	2572
2. Vertragsgegenstand, Vertragstypologie	2573
3. Aufbau und Struktur	2574
4. Einzelne Regelungsbereiche	2574

Inhaltsverzeichnis

V. EVB-IT Systemlieferung	2582
1. Anwendungsbereich	2582
2. Aufbau und Struktur	2582
3. Vertragsgegenstand	2582
4. Ausgewählte Regelungsinhalte	2583
VI. EVB-IT Erstellung	2591
1. Anwendungsbereich	2591
2. Aufbau und Struktur	2592
3. Vertragsgegenstand	2593
4. Maßgebliche Abweichungen gegenüber den EVB-IT System	2593
5. Ausgewählte Regelungsinhalte	2596
VII. EVB-IT Service	2599
1. Anwendungsbereich	2599
2. Aufbau und Struktur	2599
3. Vertragsgegenstand	2600
4. Unterschiede zu den Serviceregelungen in den EVB-IT System und System- lieferung	2600
5. Ausgewählte Regelungsinhalte	2601

Teil H. Haftungsrecht und Strafrecht

§ 42 Verantwortung für Inhalte im Internet

I. Einleitung	2610
1. Allgemeines	2610
2. Arten von Inhalte	2611
3. Gesetzliche Grundlage	2611
II. Verantwortung für eigene Inhalte	2612
III. Verantwortung für zu eigen gemachte Inhalte	2612
1. Begriff der zu eigen gemachten Inhalte	2612
2. Entwicklung der Rechtsprechung	2613
IV. Verantwortung für fremde Inhalte	2614
1. Definition	2614
2. Grundsätze der mittelbaren Störerhaftung	2615
3. Haftung nach dem TMG	2619
V. Haftung nach dem NetzDG	2624
1. Der Anwendungsbereich	2624
2. Regelungsgehalt des NetzDG	2626
3. Änderungen der bisherigen Rechtslage	2628
4. Auswirkungen auf Störerhaftung von Providern	2628
5. Auswirkung auf das Haftungssystem nach §§ 7–10 TMG	2629
6. Auswirkungen und Ausblick	2631
VI. Ansprüche	2633
1. Beseitigungsansprüche	2633
2. Unterlassungsansprüche	2633
3. Auskunftsansprüche	2634
4. Schadensersatzansprüche	2635
VII. Prozessuales	2635
1. Außergerichtliche Abmahnung	2635
2. Einstweiliges Verfügungsverfahren	2637
3. Klage	2638
4. Beweislast/Darlegungslast	2638
VIII. Die Haftung einzelner Anbieter und privater Personen	2641
1. Plattformen allgemein	2641
2. Soziale Netzwerke	2642

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Suchmaschinenbetreiber	2643
4. Admin-C	2645
5. Affiliates	2646
6. Verlinkte Inhalte	2647
7. Filesharing	2648
8. Share Hosting/Filehoster	2650
IX. Ausblick künftige Rechtsentwicklung	2651
§ 43 Strafrecht im Bereich der Informationstechnologien	
I. Grundlagen der IT- und datenstrafrechtlichen Beratung	2657
1. Voraussetzungen der Strafbarkeit	2658
2. Strafzumessung § 46 StGB und Schadenswiedergutmachung § 46a StGB	2659
3. Differenzierung: Bundeszentralregisterauszug – Polizeiliches Führungszeugnis	2660
4. Verbrechen und Vergehen	2660
5. Strafantrag	2661
6. 41. Strafrechtsänderungsgesetz (StrÄndG)	2662
7. Die Ordnungswidrigkeit und das Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG)	2662
II. Daten- und IT-Strafrecht	2663
1. Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen § 86 StGB	2663
2. Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat § 91 StGB	2664
3. Öffentliche Aufforderung zu Straftaten § 111 StGB	2665
4. Volksverhetzung § 130 StGB	2665
5. Anleitung zu Straftaten § 130a StGB	2666
6. Gewaltdarstellung § 131 StGB	2667
7. Verbreitung und Besitz pornographischer Schriften §§ 184 ff. StGB	2668
8. Beleidigungsdelikte §§ 185 ff. StGB	2671
9. Ausspähen von Daten § 202a StGB	2672
10. Abfangen von Daten § 202b StGB	2675
11. Vorbereiten des Ausspähens oder Abfangens von Daten § 202c StGB	2679
12. Datenhehlerei § 202d StGB	2683
13. Offenbarung und Verwertung fremder Geheimnisse §§ 203, 204 StGB	2685
14. Verletzung des Post- oder Fernmeldegeheimnisses § 206 StGB	2695
15. Strafbare Verarbeitung personenbezogener Daten § 42 BDSG	2701
16. Computerbetrug § 263a StGB	2706
17. Betrug im Internet § 263 StGB und § 263a StGB	2709
18. Datenveränderung, § 303a StGB	2711
19. Computersabotage, § 303b StGB	2713
20. Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, § 17 UWG	2716
21. Urheberrechtsverletzungen, §§ 106 ff. UrhG (Auszug)	2717
III. Internationale Beispielfälle	2726
IV. Inanspruchnahme und Haftung von Providern	2727
1. Datenspeicherung	2728
2. Auskunftspflicht	2730
3. Haftung für Inhalte/Privilegierung nach §§ 7–10 TMG	2731
V. Strafprozessrecht	2734
1. Überblick	2734
2. Besonderheiten	2734
3. Ermittlungsmethoden	2737

§ 44 Außergerichtliche Streitbeilegung

I. Schiedsverfahren und Schieds-/Privatgutachten	2751
1. Schiedsverfahren als mögliche Konfliktlösung	2751
2. Schiedsgutachten und Privatgutachten	2758
II. Das selbstständige Beweisverfahren	2762
1. Zulässigkeit des selbstständigen Beweisverfahrens	2763
2. Beweiserhebung	2767
3. Beendigung des selbstständigen Beweisverfahrens	2769
4. Verwertung im Hauptsacheprozess	2771
5. Kosten des selbstständigen Beweisverfahrens	2772
III. Schlichtung	2776
1. Grundlagen der Schlichtung	2776
2. Schlichtungsverfahren der DGRI	2777
3. Schlichtungsverfahren der Handelskammer Hamburg	2784
4. Schlichtungsverfahren für Domainstreitigkeiten	2786
5. WIPO Arbitration and Mediation Center	2786
6. Online Dispute Resolution	2887
7. Onlineverfahren	2788
IV. Mediation	2789
1. Grundlagen der Mediation	2789
2. Grundsätze der Mediation	2791
3. Wirkungsweise der Mediation	2793
4. Ablauf einer Mediation	2793
5. Vor- und Nachteile der Mediation	2795
6. Anbahnung bzw. Vorbereitung der Mediation	2795

§ 45 Gerichtliche Auseinandersetzungen

I. Das Hauptsacheverfahren I. Instanz	2798
1. Zulässigkeit der Klage	2798
2. Begründetheit der Klage	2819
II. Das Berufungsverfahren	2827
1. Sinn der Regelung	2827
2. Zulässigkeit der Berufung	2828
3. Begründetheit der Berufung	2830
4. Gang des Berufungsverfahrens im Übrigen	2832
III. Das Revisionsverfahren	2833
1. Zulässigkeit der Revision	2833
2. Begründetheit der Revision	2835
3. Gang des Revisionsverfahrens im Übrigen	2835
IV. Vollstreckungsprobleme	2835
1. Herausgabe Vollstreckung in Bezug auf Soft-/Hardware	2835
2. Zug-um-Zug-Verurteilung/Vollstreckung wegen Geldzahlung bei Erstellung oder Anpassung von Software	2836
V. Internationales Zivilverfahrensrecht/ Internationales Zivilprozessrecht (IZPR) .	2837
1. Einleitung	2837
2. Die Zuständigkeitsregelungen des IZPR	2838
3. Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Luganer Abkommen)	2840
4. Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVVO)	2841

Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Europäischer Vollstreckungstitel	2844
6. Mahnverfahren und Europäisches Mahnverfahren	2844
7. Selbstständiges Beweisverfahren	2847
8. Streitverkündung	2847
§ 46 Der Sachverständigenbeweis in Zivilprozessen	
I. Einführung	2850
1. Fragestellungen aus technischer Sicht	2850
2. Ziele bei der Formulierung von Sachverständigenbeweisanträgen	2852
II. Substantiierung	2853
1. Beschreibung des Ausgangssachverhalts	2854
2. Aufbereitung des Streitstoffs	2855
3. Beschreibung von Sachmängeln	2856
4. Rechtsmängel	2869
III. Anforderungen an den Sachverständigenbeweis	2871
1. Auswahl des Sachverständigen	2871
2. Anforderungen an die Sachverständigen-Tätigkeit	2871
IV. Das selbstständige Beweisverfahren	2873
1. Zulässigkeit des selbstständigen Beweisverfahrens	2874
2. Beweiserhebung	2878
3. Beendigung des selbstständigen Beweisverfahrens	2880
4. Verwertung im Hauptsacheprozess	2882
5. Kosten des selbstständigen Beweisverfahrens	2883
Sachverzeichnis	2911

Deck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG